

# MITTEILUNGEN

## DES VEREINS FÜR DIE GESCHICHTE BERLINS

GEGRÜNDET 1865

102. Jahrgang

Heft 1

Januar 2006

.....  
[www.DieGeschichteBerlins.de](http://www.DieGeschichteBerlins.de)



### Notaufnahmelager Marienfelde

Grundsteinlegung für das neue Flüchtlingslager  
an der Marienfelder Allee, 30. Juli 1952.

Am Rednerpult der Senator für Sozialwesen, Otto Bach.

Foto: Landesarchiv Berlin

# „Eines der größten Wohnungsbauprojekte in Berlin“.

## Zur Gründungsgeschichte des Notaufnahmelaagers Marienfelde

Von Bettina Effner

Im April 1953 wurde im Süden Berlins ein neues, zentrales Aufnahmelaager für Flüchtlinge aus der DDR eröffnet. In einer Zeit der wirtschaftlichen Krise und des massenhaften Flüchtlingszustroms sollte das Notaufnahmelaager Marienfelde helfen, die Menschen zufriedenstellend unterzubringen und das Aufnahmeverfahren zu beschleunigen. Entscheidend war für Berlin, dass der Bund und die Länder – nach einigem Zögern und Ringen – in die Mitverantwortung für die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik genommen werden konnten. So entstand mit Bonns finanzieller Hilfe in Marienfelde eine Wohnsiedlung, die modernen Standards der Flüchtlingsunterbringung genügen sollte.<sup>1</sup>

## „Zuflucht auf der Insel Berlin“

Zu Beginn der fünfziger Jahre war die Situation in West-Berlin prekär. Wie die meisten deutschen Städte trug auch Berlin noch schwer an den Folgen des Zweiten Weltkriegs. Dramatische Wohnungsnot, hohe Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Vertriebenen stellten den Senat jeden Tag vor neue Schwierigkeiten. Zusätzlich sah er sich mit den Herausforderungen konfrontiert, die aus der besonderen politischen Lage der Stadt erwachsen. 1948/49 hatte die von der Sowjetunion betriebene Abschnürung West-Berlins dem Wiederaufbau einen harten Schlag versetzt – und einem weiteren Problem Nahrung gegeben: Die Blockade verschärfte die Konfrontation zwischen Ost und West. Aus Angst, dass der Graben schnell unüberwindbar werden könnte, entschieden sich nun immer mehr politisch bedrängte oder wirtschaftlich unzufriedene Menschen, die Sowjetische Besatzungszone zu verlassen, um Zuflucht in den Westzonen und in West-Berlin zu suchen. „Seit Beginn der Blockade gibt es eine neue Art von Flüchtlingen“, berichtete „Die neue Zeitung“ Ende November 1948. „Für diese Flüchtlinge wurden Lager geschaffen, in denen sie vorübergehend ein Heim finden.“<sup>2</sup> Doch was bereitgestellt werden konnte, reichte nicht aus. Gerade Unterbringung und Eingliederung der Flüchtlinge waren wegen des anhaltenden Zustroms bald kaum mehr zu bewältigen. Allein im ersten Halbjahr 1950 musste West-Berlin rund 7.500 Zuwanderer monatlich verkraften. Angesichts dessen unternahm der Senat im Frühjahr 1951 einen Vorstoß in doppelter Richtung: Er leitete erste Schritte für den Bau eines zentralen Aufnahmelaagers für DDR-Flüchtlinge ein; und er bemühte sich, die Bundesländer zur Übernahme eines Teiles der nach Berlin Geflohenen zu bewegen. Für beide Anliegen benötigte West-Berlin die Hilfe des Bundes: Die Bewältigung des Flüchtlingsproblems konnte und sollte nicht länger allein Sache des Stadtstaates sein.

Deshalb musste sich West-Berlin zunächst einmal von seiner Sondergesetzgebung in Flüchtlingsfragen verabschieden. Seit September 1950 hatte das „Gesetz über die Anerkennung politischer Flüchtlinge“ die Aufnahme von DDR-Zuwanderern in der Stadt geregelt; im Juni 1951 entschied der Deutsche Bundestag, das „Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ auf West-Berlin auszudehnen. Damit wurde die Einbindung Berlins in den Flüchtlingsausgleich der Länder möglich – fortan konnte der Senat einen Großteil der Aufgenommenen ins Bundesgebiet weiterleiten.<sup>3</sup> Zugleich schien der



Das Aufnahmelager nach der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts, 8. Oktober 1953. Die Anlage lässt die beabsichtigte langfristige Nutzung als Wohnsiedlung deutlich erkennen. Foto: Landesarchiv Berlin

Weg frei zu sein für das zentrale Flüchtlingslager, das die Stadt auf sich gestellt schwerlich hätte finanzieren können. Nun sollte der Bund sich im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe mit 85 Prozent an dem Bau beteiligen und außerdem die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge während des Notaufnahmeverfahrens übernehmen.

## Tauziehen zwischen Berlin und Bonn

Also ein allgemeiner Konsens? Der Bundestag erkannte mit seinem Beschluss an, dass Hilfe für Berlin notwendig war. Dahinter stand nicht nur Einsicht in die sozialen Schwierigkeiten der Stadt, sondern auch politisches Kalkül. Denn jeder Flüchtling bezeugte durch sein Kommen die politische und wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik, während die DDR umgekehrt Ansehen verlor. Wenn der Westen aber bei der Versorgung der Ankommenden versagte, dem Osten etwa mit einer schlechten Lagersituation und Spannungen in West-Berlin Munition lieferte, konnte dies – wie der Berlin-Bevollmächtigte der Bundesregierung, Vockel, im November 1950 in einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer formuliert hatte – leicht zu einer politischen Gefahr werden.<sup>4</sup> Das sprach für die Unterstützung Berlins und für den Bau eines großen Aufnahmelagers, das man beispielsweise auch im Bundesvertriebenenministerium befürwortet hatte.

Gleichwohl war die politische Überzeugungsarbeit noch nicht gänzlich geleistet. Dies zeigte sich ab September 1951, als die Berliner Baupläne plötzlich auf Hindernisse stießen. Schuld war der Bundesminister für Finanzen. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass der Bund keinesfalls zusätzliche Mittel für das Aufnahmelager bereitstellen werde; Berlin habe die Kosten vielmehr von den 20 Millionen DM Kriegsfolgenhilfe zu bestreiten, die für das Haushaltsjahr 1951 pauschal bewilligt worden waren. Es folgten monatelange Auseinandersetzungen, während sich die Flüchtlingsproblematik in West-Berlin noch einmal dramatisch zuspitzte. Am 26. Mai 1952 verkündete die DDR-Führung Maßnahmen

zur Abriegelung der innerdeutschen Grenze, so unter anderem die Einrichtung einer fünf Kilometer breiten Sperrzone und die Zwangsumsiedlung der dort ansässigen Bevölkerung. Bestürzt beobachtete die Presse die unmittelbaren Folgen für West-Berlin: „Sämtliche 50 Flüchtlingslager sind zur Zeit überbelegt. [...] Der gesamte Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone hat sich in den letzten Wochen [...] nach West-Berlin verlagert. Während in Berlin täglich 500 Flüchtlinge eintreffen, sind es in den Lagern Gießen und Uelzen kaum noch 40 am Tag.“<sup>5</sup> Dieser Befund war unbestreitbar, über die weitere politische Entwicklung und entsprechende Reaktionen jedoch gingen die Meinungen gänzlich auseinander. Würde die SED eine vollständige „Abschnürung der Ostzone von dem Westen“ forcieren und auch Berlin so abriegeln, dass keine Flüchtlinge mehr hineinkämen und der Bau eines zentralen Aufnahmelagers sich erübrigte? Diese Ansicht vertrat man im Bundesfinanzministerium. Berlin hielt dagegen. „Gerade in dieser angespannten politischen Situation sollte vom Bund her alles getan werden, um die Position Berlins zu stärken“, schrieb etwa die Senatsverwaltung für Sozialwesen an die SPD-Bundestagsfraktion. „Jede Verzögerung [bei dem Bau des Notaufnahmelagers] muss unbedingt bei der Berliner und Ostzonenbevölkerung den Gedanken aufkommen lassen, der Bund schreibt Berlin ab.“ Zu rechnen sei jedenfalls mit einem „verstärkten Ansturm auf Berlin“, lautete das Hauptargument.<sup>6</sup>

Auf die in die Höhe geschwellten Flüchtlingszahlen berief sich auch der Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter, als er schließlich mit einem Schreiben vom 26. Juli 1952 persönlich bei Bundeskanzler Konrad Adenauer intervenierte. Während in den Monaten Februar bis April ein durchschnittlicher Zugang von rund 4.000 Personen zu verzeichnen gewesen sei, rechnete Reuter vor, seien „im Mai 5.100, im Juni bereits 7.500 und seit dem 1. Juli bis zum heutigen Tage rund 8.500 Flüchtlinge eingetroffen“. Angesichts dessen forderte Reuter die „sofortige Bewilligung“ der ausstehenden Bundesmittel für die Errichtung des zentralen Notaufnahmelagers in Berlin – und hatte Erfolg.<sup>7</sup> Nach einer Kabinettsitzung in Bonn am 29. Juli, auf der die Kontrahenten noch einmal heftig diskutierten, war der Widerstand des Bundesfinanzministeriums gebrochen: Es bewilligte die Freigabe des Bundesanteils von fünf Millionen an den inzwischen auf rund 5,7 Millionen DM veranschlagten Baukosten. Die Berliner standen bereits in den Startlöchern. Drei Tage nach der Mittelfreigabe fand endlich die feierliche Grundsteinlegung für das neue zentrale Flüchtlingslager statt. „Als Standort der Siedlung“, hielt die dem Grundstein beigegebene Urkunde fest, „wurde das bundeseigene Gelände in Berlin-Mariendorf, Marienfelder Allee, zwischen Kaiserallee und Ahornstraße, im Bezirk Tempelhof bestimmt.“

## Warum Marienfelde? – Standortfaktoren

Dieses Gelände war nicht die erste Wahl gewesen. Während der Berliner Senat mit Bonn über die Finanzierung des Aufnahmelagers gestritten hatte, war er gleichzeitig monatelang auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück gewesen, da ins Auge gefasste Standorte mehrfach verworfen werden mussten. Im Sommer 1951 war zunächst ein Gelände im Bezirk Tiergarten an der Beussel- und Ringbahnstraße im Gespräch, doch der beabsichtigte Bau einer Großmarkthalle verdrängte diese Pläne. So verlegte sich der Senat Anfang September 1951 auf ein Grundstück im Spandauer Ortsteil Haselhorst an der verlängerten Daumstraße, wo man anstelle der anfänglich geplanten Baracken nunmehr mehrstöckige Wohnblocks in Massivbauweise errichten wollte. Kaum lag allerdings am 3. März 1952 der entsprechende Senatsbeschluss über diesen Standort vor, wurde wiederum alles in Frage

gestellt: Die vor Monaten in Haselhorst begonnenen Bodenuntersuchungen hatten mittlerweile ergeben, dass der Baugrund die projektierten drei- bis viergeschossigen Bauten nicht tragen würde. Auch hinsichtlich der vorgesehenen Erweiterung des Aufnahmelagers in einem anschließenden Bauabschnitt hatte sich das Gelände als ungeeignet erwiesen. Hinzu kam die Forderung des Bundesfinanzministeriums, das Flüchtlingslager nicht auf städtischem Gelände – wie in Spandau –, sondern auf ehemals reichseigenem Grund zu errichten. Notgedrungen begab sich der Berliner Senat ein weiteres Mal auf die Suche nach einer geeigneten Liegenschaft. „Zur Bedingung wurde dabei gemacht“, hieß es in einem Besprechungsvermerk vom 28. März 1952, „dass das Lager nicht zu hart an der Sektorengrenze liegen dürfe und nicht in dicht besiedeltem Gebiet. Nähe zum Flughafen Tempelhof ist für die Wahl nicht ausschlaggebend; [...]. Auf Erweiterungsmöglichkeit ist besonders zu achten.“<sup>8</sup>

Im Süden Berlins wurde man schließlich fündig. Das ausgewählte Grundstück in Marienfelde, Marienfelder Allee 66-80, bot die gewünschten Qualitäten und verfügte – mit der Omnibuslinie 32 sowie dem nur 800 Meter entfernten S-Bahnhof – zudem über eine günstige Verkehrsanbindung. Die nun doch gegebene Flughafennähe war ein zusätzlicher Pluspunkt. Im Gegensatz zu vielen anderen Orten, die nach 1945 für die Unterbringung von Vertriebenen oder Flüchtlingen genutzt wurden, hatte das Marienfelder Gelände keine politische Vorgeschichte als Lager. Es gab auch keine Bebauung, die weiter nutzbar gewesen wäre. Das rund 45.300 Quadratmeter große Grundstück war in den dreißiger Jahren in Privatbesitz gewesen und von der Eigentümerin 1942 an das Deutsche Reich, namentlich den „Reichsfiskus (Luftfahrt)“, verkauft worden. Eine kleine Siedlung, die von der Luftwaffe auf einem Teil des Geländes errichtet worden war, war während des Krieges weitgehend zerstört worden. Mittlerweile wurde auf dem Grundstück Landwirtschaft betrieben. So gab es bei der Erschließung nicht viel zu tun: „Der bis Oktober 1952 nutzungsberechtigte Pächter wird für den Ernteausfall entschädigt“, einige Sträucher sowie Fundamenteile eines Feuerlöschteiches aus dem Jahr 1944 mussten abgetragen werden – und der Bau konnte beginnen.<sup>9</sup>

## Ein Flüchtlingslager als Wohnsiedlung

In einem Brief vom 11. Juli 1953 wandte sich der Parfümerieinhaber Günter Kutz an den Senator für Sozialwesen mit der Bitte „um Vermietung eines Ladens im neu erbauten Flüchtlingslager Marienfelde zum Betrieb eines Seifengeschäftes“. Sein Anliegen wurde abschlägig beschieden. Läden sollte es in Marienfelde zwar tatsächlich geben, doch griff Günter Kutz der Zeit voraus: Der Ladentrakt, antwortete ihm die Senatsverwaltung, werde „für die Dauer des Lagerbetriebs für Büro Zwecke benötigt“, womit eine Vergabe gegenwärtig entfalle.<sup>10</sup> Der kleine Briefwechsel verrät gleichwohl, welcher Leitlinie die gesamte Anlage des Flüchtlingslagers folgte: dem Gedanken der späteren Nutzbarkeit. Dass es dabei nicht allein um schnöde finanzielle Effizienz, sondern auch um die Hoffnung auf Wiedervereinigung ging, zeigen die emphatischen Formulierungen der Grundsteinlegungsurkunde: „In der festen Zuversicht“, hieß es dort, „dass der Kampf um die Freiheit und Einheit aller Deutschen bald endgültig gewonnen wird, errichtet Berlin dieses Notaufnahmelager in der Form einer Wohnsiedlung, die später eine Heimstätte freier und glücklicher Menschen sein soll. Die ganze Planung ist daher auf diese endgültige Verwendung abgestellt.“<sup>11</sup>

Mit welchen Konsequenzen? Bis August 1953 entstanden in Marienfelde 15 dreige-

schossige Wohnblocks, ein viergeschossiges Eingangsgebäude, ein Kinderhort und ein Speisesaal. In den Wohnblocks waren einige Ein- und Dreizimmerwohnungen sowie in der Mehrzahl rund 50 Quadratmeter große Zweieinhalbzimmerwohnungen untergebracht. Die pro Flüchtling kalkulierte Wohnfläche schwankte zwischen 3,7 und vier Quadratmetern. Besondere Bürogebäude gab es in Marienfelde nicht: Als das Lager bezogen wurde, nahmen die Wohnblocks sowohl die Flüchtlinge wie auch die am Aufnahmeverfahren beteiligten Behörden und Organisationen auf. Deren Bedürfnisse hinsichtlich funktionaler Räume waren dem Wohnsiedlungscharakter des Lagers von vornherein untergeordnet. So ließ sich etwa die Neuanmeldung in einem der erwähnten Ladengeschäfte im Erdgeschoss des Eingangsgebäudes nieder, dessen unpassende große Schaufenster man pragmatisch mit Gardinen verhängte. Wie bei der Ladenzeile wurde auch bezüglich anderer Räumlichkeiten in die Zukunft gedacht: Der Kinderhort könnte, gegebenenfalls nach einem Ausbau, von der Stadt übernommen werden. Und der Speisesaal ließe sich in eine Turnhalle verwandeln – diesen Plan allerdings behinderte das schmale Budget, das einen Bau in der entsprechenden Höhe und Größe aktuell nicht zuließ.

Weniger deutlich als die mehrfachen Verweise auf die spätere Nutzung sind Hinweise in den Quellen, dass mit dem Bau des Aufnahmelagers als Wohnsiedlung durchaus auch gegenwartsbezogene Überlegungen verbunden waren. Andeutungen in diesem Sinne machte der zuständige Sozialsenator Otto Bach in einem Interview, das er im Juli 1953 zu dem „in seiner Anlage völlig neuartige[n] Flüchtlingslager“ gab.<sup>12</sup> „Moderne und hygienische Wohnräume“ für die Flüchtlinge sollten in Marienfelde geschaffen werden, hob Bach hervor, standardmäßig ausgestattet mit Zentralheizung und Brausebädern. Als weiterhin beachtenswert beschrieb der Senator die aufgelockerte Form des Lagers – mit Rasenflächen zwischen den Gebäuden –, den gemeinschaftlichen Essraum und besonders die Einrichtung des Hortes, um die Kinder unter der Obhut von geschultem Personal dem „Lagerleben“ fernzuhalten. Alles nichts Besonderes? Bachs Äußerungen werden aussagekräftig, wenn man sich die Flüchtlingsunterbringung in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre vor Augen führt: Die Raumnot war beherrschend, eine Einquartierung der Flüchtlinge in Fabriken, Lagerhallen, Stallungen oder überkommenen Barackenlagern etwa des Reichsarbeitsdienstes oder der Wehrmacht die Regel – in Unterkünften also, die zumeist nur notdürftig hergerichtet waren und den Menschen kaum Privatsphäre ließen. Entsprechend pessimistisch fielen häufig die Prognosen von besorgten Zeitgenossen aus: Politiker, Geistliche, Beamte fürchteten eine „Vermassung“ der Flüchtlinge, ihr Abgleiten in die Asozialität, den Verlust der Eigeninitiative – kurz: Sie malten den „Homo Barackensis“ als erschreckendes Gegenbild zum bürgerlichen Individuum an die Wand. Diese Vision hatte nicht zuletzt auch eine deutschlandpolitische Implikation, da zu befürchten stand, dass die Flüchtlinge angesichts der Lagersituation ihre DDR-kritische Haltung einbüßen könnten.<sup>13</sup> Abhilfe zu schaffen, war schwer. Marienfelde aber, so lassen sich Bachs Äußerungen interpretieren, sollte ein Schritt in die richtige Richtung sein: Orientiert an den Standards des sozialen Wohnungsbaus, bot die Anlage neben gut ausgestatteten Wohnquartieren und Gemeinschaftseinrichtungen auch eine relative Weiträumigkeit – Voraussetzungen, wie man meinte, für ein gutes Zusammenleben und damit für eine rasche Integration in der Bundesrepublik.

Doch auch ein Lager neuen Typs konnte seinen Lagercharakter nicht gänzlich verhehlen. Eine gewisse Isolierung der Bewohner, meinte Sozialsenator Bach, werde sich nicht verhindern lassen, „da wir für diese Menschen, die sich uns in tiefster Not anvertraut haben, verantwortlich sind. Es soll also eine Kontrolle bestehen, wer das Lager betritt oder



Flüchtlinge vor der Neuanmeldung, 13. Juli 1961.

Foto: Landesarchiv Berlin

verlässt.“ Wenn sich der hohe Zaun um das Gelände somit als Schutzmaßnahme noch vertreten ließ, machte die Realität die guten Absichten in anderer Hinsicht recht weitgehend zunichte: Marienfelde war über Jahre hinweg heillos überbelegt. In der Phase des nicht abreißenden Flüchtlingsstromes bis zum Mauerbau 1961 blieben die ursprünglich kalkulierten rund vier Quadratmeter Wohnfläche pro Person eine Utopie. Zeitweise wurden Doppelstockbetten selbst in den Küchen aufgestellt, die kleinen Bäder reichten nicht für die vielen Menschen, die in das gemeinschaftliche Badehaus ausweichen mussten. Und noch eine weitere mit der Einrichtung Marienfeldes verbundene Überlegung konterkarierte der Ansturm zunächst vollständig. Die Behörden hatten gehofft, die Flüchtlinge und sämtliche beteiligten Dienststellen in diesem Lager zusammenführen zu können, um das Aufnahmeprozedere zu beschleunigen. Doch kamen zu viele, um alle in Marienfelde unterzubringen. Auch von den Aufnahmebehörden konnte nur ein Teil einziehen, da ihre Büros sonst die Wohnfläche zu stark beschnitten hätten. Abhilfe schaffte erst die Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts 1955, mit dem 11 neue Gebäude hinzukamen und die Unterbringungskapazität auf 2.800 Plätze erweitert wurde.

## Und heute?

Eine Wohnsiedlung für die Allgemeinbevölkerung ist Marienfelde bis heute nicht geworden. Zwar wurde ein Teil des Lagers nach 1961 wegen der stark zurückgegangenen Belegung tatsächlich an eine Berliner Wohnungsbaugesellschaft übergeben. In den Gebäuden des ersten Bauabschnitts jedoch wohnen übergangsweise noch immer Menschen, die in der Hoffnung auf ein neues Leben hierher gekommen sind. Sie stammen ganz überwiegend aus Russland und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion: Marienfelde

hat sich, nachdem das Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR mit der Wiedervereinigung 1990 zu Ende gegangen war, in die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler verwandelt.<sup>14</sup>

## Anmerkungen

- 1 Das Zitat in der Überschrift entstammt einem Interview des Berliner Senators für Sozialwesen, Otto Bach, in der „nacht-depesche“, 11. Juli 1953. Der folgende Artikel gründet auf den Beiträgen von Katja Augustin: Im Vorzimmer des Westens. Das Notaufnahmелager Marienfelde, in: Flucht im geteilten Deutschland, hg. von Bettina Effner und Helge Heidemeyer, Berlin 2005, S. 135-151, und Doris Müller-Toovey: Zur Vor- und Gründungsgeschichte des Notaufnahmелagers Berlin-Marienfelde, in: 1953-2003. 50 Jahre Notaufnahmелager Marienfelde, hg. von der Erinnerungsstätte Notaufnahmелager Marienfelde e.V., Berlin 2003, S. 13-18.
- 2 „Die neue Zeitung“, 27. November 1948. Dort auch das Zitat der Absatzüberschrift.
- 3 Vgl. Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, hier S. 122-126.
- 4 Schreiben Vockels an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 18. November 1950, Bundesarchiv, B 136/1418, hier nach: Heidemeyer (wie Anm. 3), S. 122, Anm. 128.
- 5 „Der Tag“, 25. Juli 1952.
- 6 Aktenvermerk zu einer Besprechung bei Herrn Seipold, Senatsverwaltung für Sozialwesen, zum Stand der Vorarbeiten für die Errichtung des Flüchtlings-Notaufnahmелagers in Marienfelde, 9. Juni 1952; Schreiben Hans Seipolds an Herrn Mellies, Sekretär der SPD in der Bundestagsfraktion, 23. Mai 1952.
- 7 Fernschreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuter, an Bundeskanzler Konrad Adenauer, 26. Juli 1952, Bundesarchiv, B 136/813, Bl. 152.
- 8 Der Bundesminister für Finanzen, Vermerk über die heutige Sitzung betreffend die Errichtung eines zentralen Aufnahmелagers im Land Berlin, 28. März 1952.
- 9 Der Senator für Bau- und Wohnungswesen, Kostenvoranschlag, 17. Mai 1952.
- 10 Schreiben von Günter Kutz an den Senator für Sozialwesen, 11. Juli 1953, mit Antwortschreiben vom 16. Juli 1953.
- 11 Urkunde, Berlin, 30. Juli 1952.
- 12 Interview des Berliner Senators für Sozialwesen, Otto Bach, in der „nacht-depesche“, 11. Juli 1953.
- 13 Vgl. Volker Ackermann: Homo Barackensis – Westdeutsche Flüchtlinge in den 1950er Jahren, in: Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, hg. von Volker Ackermann u.a., Essen 1995, S. 330-346.
- 14 An die Anfänge des Lagers und seine Geschichte erinnert eine historische Ausstellung auf dem Gelände.

Anschrift der Verfasserin:

Bettina Effner, Historikerin, Erinnerungsstätte Notaufnahmелager Marienfelde,  
Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

## Berlin vor seiner Kanalisation

Von Hubert Olbrich

Alltagsprobleme wurden lange Zeit als uninteressant abgetan. Was wissen wir über zeitgenössische Haussorgen, Belastungen, Gewohnheiten und Erwartungen der Großstadtmenschen im 18. Jahrhundert und noch bis zum Ende des Krieges 1870/71? Wie war der Berliner Alltag und das Berufsleben? Wie das Wohnen und die Hauswirtschaft? Wie stand es um Kultur, Freizeit und Vergnügungen? Und wie war es um die Hygiene bestellt?



Wer hat heutzutage eine Vorstellung von den damaligen Lebensbedingungen und Umweltverhältnissen in Preußens Hauptstadt, deren Einwohnerzahl von 81000 (1740–1840) auf 360 000 gestiegen war<sup>1</sup>.

Ohne Straßenbeleuchtung ist heute keine Stadt vorstellbar. Bis weit ins 19. Jahrhundert brachten Dunkelheit, Regenwetter, Eis und Schnee und brütende Sommerhitze mancherlei Probleme für Straßenpassanten in Preußens Metropole. Die Hygiene ließ viel zu wünschen übrig. Es gab 1821 in der Stadt erst eine öffentliche Bedürfnisanstalt<sup>2</sup>. Zwei Berichte von 1867, die zeitliche Rückschlüsse rechtfertigen, umschreiben die großstädtische Latrinemisere und unzureichende Stadthygiene, die auch Carl Scheibler (1825–1899) noch antraf, als er 1867 seinen Wohnsitz in Berlin nahm<sup>3</sup>. August Bebel (1840–1913), Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag, notierte in seinen Erinnerungen: „Bedürfnisanstalten auf den Straßen und Plätzen gab es nicht. Fremde und namentlich Frauen gerieten in Verzweiflung, bedurften sie einer solchen. In den Häusern waren diese Einrichtungen meist unglaublich primitiv. Eines Abends besuchte ich mit meiner Frau das Königliche Schauspielhaus. Ich war entsetzt, als ich in einem Zwischenakt in den Raum trat, der für die Befriedigung kleiner Bedürfnisse für Männer bestimmt war. Mitten im Raum stand ein Riesenbottich, längst den Wänden standen einige Dutzend Pots de Chambre, von den man den benutzten höchst eigenhändig in den großen Kommunebottich zu entleeren hatte“<sup>4</sup>.

Noch 1872, als Bismarck seinen Kulturkampf mit der Ausweisung der Jesuiten begann und der Regimegegner August Bebel zu Festungshaft verurteilt wurde, hieß es, daß Berlin wegen seiner mangelhaften stadthygienischen Einrichtungen unter den Hauptstädten der zivilisierten Welt als die wohl „schmutzigste und pestathmendste“, auch „übelriechendste“ galt<sup>5</sup>.

Der andere Zeitzeuge, Hermann Diels (1848–1922), der als zugereister Student im April 1867 ein kleines Zimmer in der Marienstraße fand mit dem gewissem Ort auf dem Hofe, schrieb<sup>6</sup>: „Und dieser Hof stand durch überdeckte Kanäle mit der Gosse der Straße in Verbindung, in der trübe Flüssigkeiten langsam weiterflossen. Und wenn man dann die breite und stellenweise tiefe Gosse überschritten hatte, stand man auf dem Damm, der mit spitzen Steinen gepflastert war. Diese vorsintflutlichen Zustände, die Wiesbaden schon seit Menschengedenken überwunden hatte, erweckten mir in Verbindung mit meinem erkrankten Brustsystem eine wirkliche Melancholie“. In den Höfen der Häuser stanken die zahlreichen Sickergruben zum Himmel. Über die steinernden Rinnsteine der Straße führten kleine Brücken, die bei Dunkelheit zu verfehlen höchst unangenehm war. Denn die Rinnen beförderten alle Abgänge aus den Küchen, Fäkalien, Straßenschmutz und alles, was man wegwarf, in tragem Abfluß in die Spree. Selbst Abfälle aus den am Ufer gelegenen Schlachthäusern landeten im Fluß. Das Verbot der Berliner Polizeiverordnung von 1820, Fäkalien in den Fluß zu befördern, war das Papier nicht wert. „Dieses Verbot, das 1853 nachdrücklich wiederholt werden mußte, wurde allein schon durch die Praxis unterlaufen, nur die festen Bestandteile bei den Abritten (auf offenen Wagen) abzufahren und die flüssigen Bestandteile bei Räumung der Gruben über den Umweg der Straßenrinnen in die Spree zu leiten“<sup>7</sup>.

August Leopold Crelle (1780–1855), der schon 1842 auf funktionstüchtige Entwässerung vergeblich drängte, schrieb damals<sup>8</sup>: „Die jetzt dazu bestimmten unbedeckten Straßenrinnen sind auf keine Weise geeignet, ihren Zweck zu erfüllen, indem sie wegen des sehr ebenen Bodens der Stadt und seiner geringen Höhe über dem Fluß nur ein sehr geringes Gefälle bekommen können, und außerdem die vielen kleinen Brücken über den Rinnen, sowohl in den Straßen selbst, als nach den Häusern hin, den Abfluß des Wassers noch

beständig hemmen. Bei starkem Regen vermögen die offenen Rinnen die Flut nicht zu fassen; in trockener Zeit bleibt die Nässe in den Rinnen stehen, fault und erzeugt widerliche und schädliche Dünste und Gerüche. Von den Höfen der Häuser vermögen die Rinnen das Wasser nicht anders abzuführen, als durch kleine, bedeckte Rinnen quer durch die Häuser, insbesondere durch die Einfahrten derselben; welche aber nur zu oft, wenn sie nicht beständig gereinigt werden, die Luft in den Häusern selbst verpesten“. Lange Zeit war die Spree die Kloake der Stadt, deren Bürger, wie schon in den Generationen davor, in bequemem Vertrauen auf die Selbstreinigungskraft des Flusses sich sorglos gaben. Die Gelehrten der Preußischen Akademie der Wissenschaften sind davon nicht ausgenommen. Als Direktor der Physikalischen Klasse der Akademie hat Franz Carl Achard (1753–1821) bis 1800 etwa 90 Vorträge in öffentlichen und internen Sitzungen der Akademie gehalten, die eine Vielfalt von Themen behandelten, u.a. über Kupferverbindungen, Flußspat, Salzlösungen, Arsen, Beschaffenheit von Torf, chemische Pufferung von menschlichen und tierischen Haaren, Trennung von Säuren, Ausdehnung der Körper in der Luft und im Wasser, tierische Elektrizität, Keimen der Saat, Lichteinfluß auf die Vegetation sowie weitere Themen zum Pflanzenleben, über Landwirtschaft, Ökonomie und Vegetation. Die Vordringlichkeit der Berliner Abwassersituation und ihre hygienische Problematik war weder ihm ein ernster Störfaktor noch den anderen Akademiemitgliedern, die aus einer höchst unterschiedlichen Schar von Naturwissenschaftlern und Gelehrten bestand<sup>9</sup>: Physiker, Chemiker, Mineralogen und Geologen, Bergräten, Pharmazeuten, Mediziner, Forstleute und Mathematiker. An der Berliner Abwassermisere hat sich lange keiner gestoßen. Das Hygienierisiko trat langsam, aber zunehmend ins Bewußtsein, als seit Anfang des 19. Jahrhunderts Massenerkrankungen mit hoher Todesrate einsetzten, verursacht durch Cholera. Vom Seuchenzug der Jahre 1826 bis 1837 wurde Berlin 1831 heimgesucht. In Preußen starben 32647 Personen. Medizinisch-naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum hygienischen Mindeststatus gab es noch nicht<sup>10</sup>. Im Jahre 1840 trugen die 360000 Einwohner der preußischen Hauptstadt – urologisch gewertet und bei täglicher Erfahrungsmenge von zwei Litern pro Person – mit rund 2,6 Millionen hl Urin zum gravierenden Problem der Abwasserentsorgung kräftig bei. Kaum vorstellbar, daß es anziehende Badevergnügen in der Spree gegeben haben soll. Man war an Abwassergerüche gewöhnt, schneuzte sich sorgfältig, zog den Schnodder hoch und rotzte ihn weg, entsprechend dem individuellen Niveau der gesellschaftlichen Vielfalt. Erst 1842 referierte der überdurchschnittlich aktive Crelle über Fäkalienabfuhr, Abwasserprobleme und Stadtreinigung, aber nicht in amtlicher Funktion, sondern aus eigenem Antrieb, um als Bürger das seit Jahrzehnten beklagte Übel beseitigen zu helfen. Als Akademiemitglied oblagen ihm ganz andere Aufgaben (Mathematik, Straßenbau; 1835/38 Aufsicht über das Eisenbahnprojekt Berlin-Potsdam). Aus eigenem Antrieb hatte auch Carl Scheibler (1827–1899) die britische Stadtkanalisation studiert, als er zeitweilig für die Stettiner Polytechnische Gesellschaft sich in der Themsestadt aufhielt<sup>11</sup>. Es liegt nahe, daß er Wissen und Erkenntnisse, als er 1866 nach Berlin übersiedelte, den Mitgliedern der 1867 von Rudolph Virchow (1821–1902) geleiteten Kommission zu Erarbeitung eines Entwässerungsplanes nicht vorenthalten hat.

Und wie stand es um die Trinkwasserversorgung der preußischen Hauptstadt? Berlin hatte 1800 etwa 560 öffentliche und 5028 private Brunnen und Pumpen<sup>12</sup>. Verbreitet waren noch Ziehbrunnen, die das Wasser im Schöpfgefäß an Kette oder Zugseil aus dem Brunnenschacht hoben, manchmal auch mittels Schwingarm. Die günstige Lage der Stadt in der Spreemulde und der relativ niedrige Stand des Grundwassers haben die Wasserversorgung der Bevölkerung durch Hof- und Straßenbrunnen in ausreichender Menge gewährleistet. Wasserknappheit gab es nicht<sup>13</sup>. Die Wasserleitungen kamen später. Die zentrale Wasserver-

sorgung der Häuser über Leitungssysteme begann erst 1857 im heutigen Bezirk Prenzlauer Berg mit dem ersten Wasserwerk auf dem Windmühlenberg<sup>14</sup>.

## Anmerkungen

1		Einwohner von Berlin			
Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner
1740	81 000	1809	160 000*)	1834	265 000
1749	113 000	1815	193 000	1840	360 000
1804	182 000	1816	197 700	1871	824 000

\*) Bevölkerungsrückgang infolge der französischen Okkupation. Französische Etappen-Garnison in Potsdam: 6000 Mann; 12000 Pferde, Notlazarette und Hilfsmagazine. – Nicht mitgezählt die zahlreichen Soldaten in den Lazaretten. Allein 1813 wurden in Berlin vier Friedhöfe angelegt, um mehr als 9000 Soldaten zu begraben. C.-P. Steinmann: „Knochen am Lehrter Bahnhof. Bagger schaufeln Geschichte“, S. 68–72 (71) in: Von wegen letzte Ruhe! Berliner Ausgrabungen, 2001.

2 Stein, Werner: Der große Kulturfahrplan, Aufl. 1981, S. 889.

3 Olbrich, H.: „Carl Scheibler und sein Werk“, in: Schriften aus dem Zucker-Museum, Bd. 24A/1987, S. 761–770.

4 Demps, Laurenz: „Berlin am Wasser. Ein historischer Ausflug“, in: Wasser in der Stadt. Perspektiven einer neuen Urbanität. Berlin, Ausstellungskatalog 2000, S. 13–56 (54, mittl. Sp.; im Wortlaut zitiert: August Bebel: Aus meinem Leben. Zweiter Teil. Berlin 1946, S. 125.

5 Demps (wie Anm. 4), S. 54. – Flotte Chansonnetten lobten die Berliner Luft spöttisch aufatmend erst drei Jahrzehnte später.

6 Ehlers, Dietrich: „Kanalisation und Wissenschaft. August Leopold Crelle und die Berliner Stadtentwässerung im 19. Jahrhundert“, in: Dahlemer Archivgespräche, Band 2/1997, S. 55–63 (55).

7 Ehlers (wie Anm. 6), S. 59. – Ráth-Végh, István: „Höfisches Leben“, in: Aus der Geschichte der Dummheit. Budapest 1982; deutsch; Stuttgart 1985, S. 205–206. – Olbrich, H.: „Erinnerungen eines Zuckertechnologen an Erlebnisse und Begegnungen im Jahre 1880 in der alten Ukraine“, in: ZM-BD. 32/1995, S. 63–73 (69). – Im Ausland war es um die Hygiene nicht besser bestellt. Gepflogenheiten der Einwohnerschaft unterschieden sich im Spiegel der Zeit kaum von den Hygieneverhältnissen in Schlössern. Bei aller Pracht: Es fehlten überall die heute unverzichtbaren Nebenräumlichkeiten. „Not kennt kein Gebot!“ Dem konnte sich niemand entziehen, auch kein Hofstaat, zumal wenn er aus mehreren hundert oder gar tausend Personen bestand. „In Frankreich galt die wohl- oder übelduftende Hofwelt als normal. Spuren der jedes Gebot übersteigenden Not fanden sich in allen Ecken und Enden der Paläste, in den Korridoren und Durchlässen, in den Höfen, Gärten und Parkanlagen“ (Ráth-Végh). Im Kalkül des Verbots, herrschaftliche Parkanlagen zu betreten, entschied über die Publikumsabwehr nicht zuletzt der hygienische Faktor.

8 Ehlers (wie Anm. 6), S. 58. – Ráth-Végh (wie Anm. 7).

9 Müller, Hans-Heinrich: „Franz Carl Achard – Direktor der Physikalischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften“, in: Zuckerindustrie 123 (1988), Nr. 12, 971–977 (971).

10 Die Choleraepidemie von 1866 forderte 114683 Tote. – Den Cholera-Erreger entdeckte 1883 Robert Koch (1843–1910). Unter dem Einfluß von Rudolf Virchow (1825–1902) und dem Ingenieur James Hobrecht (1825–1903; Generalbebauungsplan 1858/61) begann erst ab 1873 der Bau der Kanalisation und die Anlegung von Rieselfeldern. „Danach wandelte sich der Ruf Berlins zur ‚reinlichsten Großstadt‘ Deutschlands“ (Ehlers, wie Anm. 6; – Demps, wie Anm. 4, S. 54, re. Sp.).

11 Wie 4, S. 765.

12 Texttafel der Ausstellung 2000: „Wasser in der Stadt“, Alt-Stralau 63/67, 10245 Berlin.

13 Wie Anm. 12.

14 Demps (wie Anm. 4), S. 53/54.

Anschrift des Verfassers:  
Prof. Dr. Hubert Olbrich, Borkumer Straße 30, 14199 Berlin



Abb.1 Neue Kirche 1880

(Foto: BusB 1998)

## Die Nutzung von Turm und Kirche. Zur Geschichte der Neuen Kirche am Gendarmenmarkt

Von Maren Krause

Der heutige Besucher des Gendarmenmarktes wird sich das Schinkelsche Schauspielhaus von 1818, die barocken Türme – bekannt als die Hauptwerke Karl von Gontards – und vielleicht die darin gezeigten Ausstellungen des Deutschen Bundestages im Deutschen oder die des Hugenottenmuseums im Französischen Dom ansehen. Wahrscheinlich führt sein Weg in die hinter letzterem liegende gleichnamige Kirche, bevor er vielleicht seinen Rundgang mit einem Glas Wein im Restaurant ‚Refugium‘, ebenfalls auf französischer Seite, beschließt. Eine Seltenheit bleibt der Exkurs zur Neuen Kirche im südwestlichen Teil des Platzes.

Im Gegensatz zu allen anderen Gebäuden des Gendarmenmarktes scheint nur dieses seine ursprüngliche Funktion – aber auch sein ursprüngliches Aussehen – ganz und gar verloren zu haben. Erst der genaue Fokus auf die Neue Kirche offenbart nicht nur die hier besonders schicksalhaft anmutende Geschichte von Thron und Altar, sondern ebenso einen beständigen Wandel der demographischen Verhältnisse und der damit einhergehenden Säkularisierung des Ortes. Sowohl bei der Frage nach dem Verbleib, als auch bei der Spurensuche in der Nutzungsgeschichte der Neuen Kirche, fügen sich diese drei



Abb. 4 Neue Kirche 2005

(Foto: Maren Krause)

Faktoren zu einem roten Faden zusammen. Sichtbar wird nicht nur, daß der Prozeß ihres Verschwindens bzw. der Kampf, dem entgegenzuwirken, nahezu über 200 Jahre währte. Deutlich wird auch, warum auf der einen Platzseite das Sakrale gänzlich verschwunden ist, während auf der französischen Seite zumindest noch ein Teil dessen bis in unsere Tage erhalten blieb.

Schon bei der Sichtung des Anschauungsmaterials fällt auf, daß sich die heutige wie die historische öffentliche Wahrnehmung – abgesehen vom Theaterbau - auf die Türme konzentriert. Die Kirchen rücken appendixartig in den Hintergrund, zumal die Neue Kirche, die baulich Wand an Wand direkt an den Turm, bzw. der Turm an sie, gestellt ist. Bei der Französischen Kirche ist dies anders. Ein Zwischenbau schafft Raum und ermöglicht eine eigenständigere Wahrnehmung der jeweiligen Gebäudeteile. Nur selten wird der Fokus auf die Gotteshäuser selbst gerichtet. Ein Foto von 1880 zeigt das Ensemble zwar aus südwestlicher Richtung (Abb. 1); dieses dürfte aber vor allem zur Baudokumentation gedient haben, da kurz darauf mit den Umbauarbeiten begonnen und die Kirche in ihrem Äußeren völlig verändert wurde.<sup>1</sup> Bis dahin ist die Kirche für gewöhnlich in Seitenansicht zu sehen – so auf einem Lichtbild des Stadtphotografen Albert Schwartz von 1865 (Abb. 2), welches ausschnittartig noch einmal 1926 im Band von Konsistorialrat Wilhelm Lütke-  
mann über „Deutsche Kirchen“<sup>2</sup> abgebildet wird. Der Ausschnitt (vgl. Rahmen auf Abb. 2), rückt die Kirche einmal mehr an den Rand, schneidet sogar ihr Portal ab, und es scheint nun, als habe der Fotograf von 1865 den Turm im letzten Moment in den Mittelpunkt rücken wollen. Beide Bilder zeugen von einer Unsicherheit, ja Ungereimtheit! Original und Ausschnitt belegen gleichermaßen die immerwiederkehrende, in die Kritik genommene Disproportion zwischen Kirche und Turm.

Zuletzt wird dies 1997 in der Baudokumentation „Der Deutsche Dom in Berlin“ von Jürgen Pleuser, dem Architekten des heutigen Ausstellungsdoms thematisiert. Daraus

geht hervor, daß heute wie damals vom Wunsch die Rede ist, den „Mißstand“ zwischen Turm und Kirche zu beheben. Einen ersten Versuch hierzu bildeten die Umbauarbeiten von 1881, bei denen Architekt Hermann von der Hude die Kirche mit einer Kuppel versieht und die Fassade neobarock umgestaltet, wie dies seit Wiedererrichtung in den 1970er Jahren annähernd sichtbar ist (Abb. 4). Ein wenig mehr passt sich nun das äußere Kleid der Kirche dem Turm an. Pleuser nennt dieses Vorgehen nicht nur einen „Heilungsversuch“, sondern mehr noch eine „kosmetische Anpassung“. Nach wie vor wirkt die Kirche an den Turm gefügt, wie das Kind, das sich bei Annäherung eines Fremden an die Beine der Mutter oder des Vaters rettet und nur dann und wann hervorlugt.

Außen also Eins, innen Zwei. Einen scheinbaren Verbund zwischen Thron und Altar – nachdem der Turm einmal errichtet und die Kirche zum Beiwerk geworden war. Kirchliche Kunst oder weltliche Kunst? Gibt nicht er, der Turm, ja der König den „Ton“ an? Was später als sogenannte „hinkende Trennung“ seit der Weimarer Reichsverfassung bekannt wird, mag hier fast schon als hinkende Verbindung empfunden werden. Im Gegensatz zur Schauarchitektur der Türme war die in den Hintergrund gerückte Neue Kirche des Architekten Martin Grünberg von 1708 „kein unprotestantischer Prachtbau, [...] sondern eine schlichte, helle Predigtkirche [...], auch durch ihr Äußeres die langgepflegten Traditionen wahrend“<sup>3</sup>, so jedenfalls betont Lütkemann 1926 nahezu nostalgisch verklärend. Seine Lobpreisungen über die Schlichtheit der Kirche suggerieren künstlerisches Wollen, lassen aber die geringen finanziellen Mittel, die vom neuen König bereitgestellt worden waren, völlig außer Acht. Dagegen schildert Paul Kirmß, seit 1888 Pfarrer der Gemeinde, in seiner „Geschichte der Neuen Kirche“ ein wahrhaftigeres Bild jener Zeit. Nicht nur erinnert er an die Verarmung der Gemeinde im Umfeld des Gendarmenmarktes, sondern erwähnt auch die damit einhergehenden demographischen Veränderungen.<sup>4</sup>

Wie ging es nach der Fertigstellung des Turmes 1785 weiter? Während der französische Turm von Anfang an Bestandteil des Nutzungskonzept der Kirchengemeinde war,<sup>5</sup> wird auf deutscher Seite stets auf die fehlende Verbindung zwischen Turm und Kirche hingewiesen. Damit bleibt jedoch unbegründet, warum die Gemeinde der Neuen Kirche völlig leer ausgeht, ja sogar niemals Nutzerin des Turmes wird. Das Folgende wird herausstellen, daß es weder am Bedarf noch an Engagement der Gemeinde mangelte, sondern hier Kräfte wirksam wurden, welche nicht zuletzt eine Bevorzugung der französischen gegenüber der deutschen Gemeinde bekunden. Die Nutzungsverhältnisse des Französischen Doms sind weitgehend bekannt und bleiben u.a. mit Einrichtung des Hugenottenmuseums seit den 1930er Jahren mehr oder weniger bis heute erhalten. Im Gegensatz dazu ist die Erinnerung an die Nutzung des Deutschen Doms mit seiner Zerstörung 1945 nahezu in Vergessenheit geraten.

Bereits zur Bauzeit traten kirchliche und nichtkirchliche Interessenten an Friedrich II. heran. Kirmß nennt das Bittgesuch des Predigers Conrad, der die Räume für Schulzwecke verwenden wollte, was aufgrund von Feuergefahr abgelehnt wurde. Zur gleichen Zeit unterbreiteten die Kirchenvorsteher dem Magistrat den Vorschlag, unter den Kolonnaden Gewölbe und Kramläden anzulegen, um diese zum Vorteil der Kirche vermieten zu können. Zum Schluß nennt Kirmß die Wagen- und Schirrmeister, Angestellte des Proviant-Fuhrwesen-Depots, denen freier Wohnraum im Turm zugewiesen werden sollte. Mit Blick auf die französische Turmnutzung baten die Kirchenvorsteher, daß – wie dort üblich – „Wohnräume für die ‚Kirchen-Unterbedienten‘ sowie zu Zwecken der Armenpflege eingerichtet werden möchten“<sup>6</sup>. Vergebens, der König beschied alle Bittgesuche – weltliche wie kirchliche – abschlägig. Wenn Friedrich nach dem Einsturz und Wiederaufbau des Turmes



Abb. 2 Deutscher Dom und Neue Kirche, Schwarz 1865

Rahmen: Ausschnitt bei Lütkemann, 1926.

(Foto: Landesarchiv Berlin)

bis 1785 für den Deutschen Dom noch keine Entscheidung gefällt hatte, bleibt fraglich, ob er überhaupt noch die Gelegenheit dazu suchte, bis er im August 1786 verstarb.

Allerdings dürfte bereits 1787 eine Kabinettsordre<sup>7</sup> seines Nachfolgers zumindest inhaltlich im Sinne der Gemeinde gewesen sein. Der Turm sollte demnach in Zukunft Raum für das Berlinische Armen-Direktorium<sup>8</sup> und die General-Schulkommission bieten sowie als Wohnquartier für den Kastellan<sup>9</sup> und Bedienstete zur Verfügung stehen – Feuergefahr spielte diesmal offenbar keine Rolle. Erstmals werden diese Nutzer im Berliner Adressbuch von 1812 genannt. Doch stimmte diese Nutzung die Gemeinde keineswegs gütlich, im Gegenteil, sie „fühlte sich dadurch gegen die französische Gemeinde in kränkender Weise zurückgesetzt. [...] Noch im Jahre 1814 fragen die Prediger und Kirchenvorsteher unter Protest an, warum die Neue Kirche deterioris conditionis [schlechter gestellt] sein sollte? ‚Sie habe eben[so] das Recht zu dem auf ihrem Grund und Eigentum erbauten Turm und Dom, wie die französische Kirche, die sich im ungestörten Besitz befindet‘“<sup>10</sup>. Daß unter den Vorsitzenden des Armen-Direktoriums auch Mitglieder des Oberkonsistorialrats saßen, war für die Gemeinde von keinem großen Nutzen. Kirmß räumt Fehler ein, nämlich den rechten „Augenblick, ihr Recht auf die Räume geltend zu machen, verpaßt [zu haben]. Es entstand nämlich die Besorgnis, daß, wenn der Kirche die Räume zur Benutzung zugesprochen würden, ihr dann als Konsequenz dieses Rechtes auch die Pflicht auferlegt werden könnte, den Turm und die Wohnungen zu erhalten.“<sup>11</sup>

Tatsächlich blieb alles wie es war: die Kirche eine Kirche und der Turm ein Turm. In der Folge sollte dies fast eine glückliche Fügung bedeuten, denn nicht erst seit 1806, als die Kirche von den Franzosen für einige Monate als Pferdestall genutzt wurde<sup>12</sup>, wies

auch der sonntägliche Gottesdienst zunehmend rückläufige Tendenzen in der Besucherzahl auf. „Die Kirchen in Berlin waren während des Krieges und auch nach demselben, sehr verlassen. Der Besuch der Kirche war ganz außer Gewohnheit gekommen“, so Carl Büchsel, ein Zeitgenosse Kirmß', der 1870 in einem Vortrag für den Evangelischen Verein in Berlin über die kirchlichen Zustände der Stadt um 1813 spricht.<sup>13</sup> Die Bethlehems-, Spittel- und Dreifaltigkeitskirche bildeten hiervon eine Ausnahme, da hier die Predigten der ausgesprochen charismatischen Pastoren Jaenicke, Hermes und Schleiermacher die Kirchenbänke zu füllen vermochten.<sup>14</sup>

Offenbar hatte die Gemeinde sich inzwischen mit der Nutzungssituation des Turms abgefunden. Besonders 1818, mit Neubau des Schauspielhauses von Schinkel, sollte nun aber die Kirche der Pracht des Platzes nicht nachstehen, zumal befürchtet wurde, daß „der Fremde nach Anschauung des prachtvollen Turmes an der Spitze in der Kirche bald das Unverhältnismäßige und Ärmliche finden und sich widrig zurückgestoßen fühlen [würde] und [...] es im Innern in seinem zu schneidenden Kontraste mit dem daneben liegenden prachtvollen Schauspielhause stehen“<sup>15</sup> würde. Schon jetzt wird ein offenkundiges „Schattendasein“, in das die Kirche seit dem Turmbau und mehr noch mit dem Theaterneubau geraten war, deutlich. Das hier zum Ausdruck kommende scheint fast logische Konsequenz: Wenn die oberste Baubehörde jede Finanzierung zur Verschönerung ablehnte und sogar einen Abbruch der Neuen Kirche vorschlug – dafür aber den Bau einer „größeren und prachtvolleren“ Kirche – muß dies nahezu höhnisch in den Ohren des Gemeindekirchenrates geklungen haben. Tatsächlich war kein Geld vorhanden; statt 70.000 Reichstaler wurden gerade einmal 700 bewilligt. Auch das Folgende scheint solche widrigen Umstände zu bestätigen: „Der prachtvolle Turm war für die ärmliche Kirche eine schwere Last, gegen welche aufzukommen sie sich vergeblich bemühte. Es hat etwas Ergreifendes diesen fruchtlosen Kampf zu verfolgen. Uns heutzutage erscheint es unbegreiflich, wie es die Behörden über sich gewinnen konnten, neben dem Turm in seinem königlichen Gewand die Kirche in ihrem Bettlergewand zu belassen.“<sup>16</sup> So schreibt Kirmß in einer Zeit, in der Thron und Altar in Preußen längst eng ineinander verwoben waren.

Das frühe 19. Jahrhundert konnte auch unabhängig von möglichen kirchenfeindlichen Tendenzen kaum anders handeln. Der Staat – Eigentümer des Turms – war hoch verschuldet. Die Regentschaft Friedrich Wilhelms II. hatte ein großes Loch in die Staatskasse gerissen, aber auch die Belagerung durch die Franzosen und die späteren Befreiungskriege hatten ihren Tribut gefordert. Die vorausgegangenen Jahrzehnte mußten zwangsläufig zu einer rationaleren Auffassung im Bauschaffen führen. Durchaus nachvollziehbar also, daß in dieser Zeit, besonders während der Regentschaft Friedrich Wilhelms III. neben der Friedrichwerderschen Kirche (die einzige inner- bzw. altstädtische Kirche) nur die vier Schinkelschen Vorstadtkirchen – in ökonomisch sehr sparsamer Weise – gebaut wurden und eben kein Geld für die Renovierung der Neuen Kirche zur Verfügung stand.

In dieser Hinsicht müssen auch die Ereignisse der folgenden Jahre gesehen werden, die den Platz, sogar den Deutschen Dom, unmittelbar betreffen. Die Rede ist von der Revolution, erst der Hungerrevolution 1847, als die Marktstände auf dem Gendarmenmarkt geplündert wurden, dann von derjenigen 1848, als auf der dem Platz zugewandten Freitreppe die 183 Särge mit den „Märzgefallenen“ aufgebahrt wurden. „Die Kirche stand mitten in den Märzereignissen von 1848“.<sup>17</sup> Wie sehr dies der Fall war, schildert Kirmß in lebendiger Form. Er berichtet, wie der im gleichen Jahr an die Neue Kirche berufene Pfarrer Sydow<sup>18</sup> die Barrikaden überwand und auf seinem Weg die Leichen passierte. Niemand war zum Gottesdienst erschienen; „an diesem Sonntag gab es in Berlin keine Kirchgänger“.<sup>19</sup>



Der Deutsche Dom war es also, der nun zum Symbol eines enttäuschten Volkes wurde, welches zwischen die Zahnräder der Industrialisierung geraten war und politischen wie sozialen Fortschritt gefordert hatte.

Nachdem die Erschütterungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwunden waren, machte sich schon bald ein völlig anderes Phänomen verstärkt bemerkbar: der Rückgang der Bevölkerung. Es scheint zunächst ungewöhnlich, wenn zu diesem Zeitpunkt von sinkenden Mitgliederzahlen der Kirchen die Rede ist; schließlich ist doch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein allseits von Bevölkerungswachstum und Kirchennot zu hören. Während aber die Stadt – und das traf nicht nur auf Berlin zu – nach außen weiter wuchs, setzte seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Altstadt sukzessiv ein Bevölkerungsrückgang ein, der im Zusammenhang mit dem Kirchenbau selten thematisiert wird. Zwangsläufig sind davon die hier angesiedelten Altstadtgemeinden betroffen, für die Friedrich Leyden von Totenstille an Sonn- und Feiertagen spricht; aber auch für einige westliche Bezirke macht er bereits solche Beobachtungen.<sup>20</sup> Beispielsweise sinkt die Zahl in der Dorotheenstadt zwischen 1861 und 1925 von 20.000 auf 6.416 Personen. Die uns hier betreffende Friedrichstadt weist von 1890 bis 1910 einen Rückgang um 39 Prozent auf, noch deutlicher innerhalb des Gebiets um die Behren-, Mauer-, Jäger- und Kanonierstraße (heute GlinkasträÙe), die 1885 zwar 1686 Personen, 1925 jedoch nur noch 41 besitzt.<sup>21</sup> Der Rückgang rechtfertigt den aus heutiger Sicht ohnehin problematischen Begriff der Kirchennot kaum mehr. Allerdings setzt gleichzeitig bezogen auf die Gesamtstadt ein Kirchenbauprogramm ein, das erst wieder in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts seinesgleichen finden wird.

Nur kurze Zeit hatte die Gemeinde der Neuen Kirche von dem großen wirtschaftlichen Aufwind profitiert. Schon mit Beginn der 1870er Jahre scheint sie, entsprechend der eben genannten Zahlen mit der Siedlerflut in die Außenbezirke, allein zurückzubleiben.<sup>22</sup> Kirmß, der 1908 mitten in diesem Strudel steckt, erzählt, wie „die Wogen des modernen Erwerbslebens [...] von dem, was früher die Gemeinde der Neuen Kirche, die Lokalgemeinde, die Parochie war, ein Stück nach dem andren weggespült“<sup>23</sup> haben. Und er prophezeit, was längst schon eingetreten ist, daß „fast mit Sicherheit der Zeitpunkt im voraus berechnet werden [kann], wo die Parochie unserer Kirche bis auf wenige Reste verschwunden sein wird, ein Schicksal, welches unsere Gemeinde mit anderen Gemeinden der Innenstadt teilt.“<sup>24</sup> Er sollte recht behalten, bis hin zu den schon genannten, zehn Jahre später übriggebliebenen 41 Restbürgern. Schon damals erkennt der Autor, daß die verbliebene Bevölkerung „eine fluktuierende“ geworden sei. „Sie in irgendwelche Verbindungen mit der Kirche zu bringen, ist sehr schwer.“<sup>25</sup> Zugezogene erreichte man nur noch über den damals erfundenen Gemeindebrief. Die Umwandlung von der Lokal- zur Personalgemeinde war in vollem Gange. Und es liest sich wie der Bericht einer Gemeinde unserer Tage, wenn die Kirche allmählich aktiv wird, um die Fernbleibenden anzulocken, die sich Entfernenden zurückzuholen und die Verbliebenen zu halten. Deshalb nimmt es nicht Wunder, wenn die Neue Kirche schon jetzt als Veranstaltungsort – noch sind es eher kirchliche Veranstaltungen – dient und für Gründungsfeste und Tagungen, z.B. des Gustav-Adolf-Vereins, des Allgemeinen ev. protestantischen Missionsvereins (dessen Leiter Kirmß selbst war) oder 1894 für den Kirchenbaukongreß genutzt wird. Wenn Kirmß abschließend davon spricht, daß der Protestantismus als „treibende Kraft [...] in dem mächtigen Erwerbsleben“ wirke und „längst aus den Hallen der Kirche hinausgetreten [ist] in das weltliche Leben“<sup>26</sup>, erinnert er damit an Max Webers „protestantische Ethik“, die vor noch nicht allzu langer Zeit auf dem Buchmarkt erschienen war.

Über 150 Kirchenbauten, darunter auch katholische und die anderer Konfessionen,



Abb. 3 Neue Kirche und Turm am Gendarmenmarkt 1947

(Foto: Landesarchiv Berlin)

waren unter der Ägide Wilhelms II. allein in Berlin geschaffen worden. Fast trotzig gibt sich dieses Bauen, wenn man bedenkt, daß gleichzeitig der Druck auf die Kirche wächst, vor allem seit Verabschiedung der Zivilgesetzgebung, die den Kirchenaustritt seit den 1870er Jahren rechtens macht. Doch wird noch lange Zeit Austritt mit Übertritt gleichzusetzen sein, denn viele werden in dieser Zeit zunächst zu Mitgliedern anderer, meist christlicher, sogar evangelisch-freikirchlicher Religionsgemeinschaften.

Als eines der Zeichen gegen derartige Entwicklungen ist wohl auch der bereits erwähnte erste Kirchenbaukongreß im Mai 1894 in der immer namenlos gebliebenen Kirche zu sehen. Ausgeführt wird der Kongreß von der Vereinigung Berliner Architekten, wobei das Selbstverständnis dieses Engagements der Architektenschaft unklar bleibt. Ebenso unklar bleibt, welche Partei – Kirche oder Architektenschaft – ausschlaggebend für die Nutzung der Kirche als Veranstaltungsort war.

Derweilen kommt es auch im Turm zu Veränderung: Der 1865 gegründete Verein für die Geschichte Berlins<sup>27</sup> richtet 1875 seine Geschäftsstelle samt Bibliothek im Turm ein. Der Geheime Hofrat Louis Schneider, seit 1848 Vorleser Friedrich Wilhelms IV., später Bibliothekar und Redakteur sowie Vorsitzender des besagten Vereins, konnte noch vor seinem Tod 1874 den prominenten Turm für den Verein reservieren. Aus der Eingabe von Schneider an den Kaiser vom 24. August 1874 geht hervor, daß der Turm noch immer vom Armen-Direktorium genutzt wurde, das einige Räume an den Verein abtreten sollte, zudem ist die Rede von der Errichtung eines Standesamtes, welches ebenfalls im Parterre liegen sollte.

Der Turm war also zu keiner Zeit, wie zunächst angenommen, leerstehend, sondern besitzt bereits seit 1787 eine nahezu lückenlose Nutzungskontinuität. Bewohnt bleibt er

sogar bis zu seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Von 1922 bis 1943 bleiben die Nutzungsverhältnisse mehr oder weniger unverändert; das Berliner Adreßbuch nennt für diese Zeit den Bankangestellten Karl Pohl, nach wie vor den Berliner Geschichtsverein und den seit 1911 im Turm aufgeführten „Verein gegen Verarmung“, möglicherweise Nachfolger des Armen-Direktoriums. Die Nutzung bleibt im Gegensatz zum Französischen Dom somit gänzlich in weltlicher Hand. Inzwischen kommt auch für die Gemeinde der Neuen Kirche eine Nutzung des Turms nicht mehr in Frage. Nicht nur der oben geschilderte Bevölkerungsrückgang und das damit einhergehende, zu diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschrittene Verschwinden der politischen und kirchlichen Gemeinde bis in die 1920er Jahre, sondern auch die Umwandlung der Neuen Kirche 1934 zur Universitätskirche machen dies nachvollziehbar. Es waren demnach nicht viele Gemeindemitglieder, die 1933 aus der Neuen Kirche auszogen und in jene Kirche, die Jerusalemkirche, übersiedelten, von der ihre Vorfahren sich vor über zwei Jahrhunderten „abgespalten“ hatten. Wie weit in den Krieg hinein universitäre Gottesdienste stattfanden, war nicht zu ermitteln, doch sind diese möglicherweise bereits mit den ersten Luftangriffen 1943 zum Erliegen gekommen.<sup>28</sup>

Schon frühzeitig lassen die aufgeführten Vorbedingungen die spätere Umnutzung zum Ende des 20. Jahrhundert nahezu unabdingbar erscheinen – die Zerstörung spielte dabei keine Rolle. Bis dahin sah der Besucher des Platzes noch bis Ende der 1970er Jahre zwei gigantische Ruinen inmitten der Stadt. Reiseführer begleiten ihren Zustand, wie der Arzt, der in bestimmten Abständen nach seinem Patienten schaut. So bleiben die Türme, weniger die Kirchen im Gespräch. Der Baedeker von 1975 schreibt: „Trotz des Fehlens ihrer Kuppeln sind sie [die Türme] noch immer großartige und unentbehrliche Akzente der Stadtsilhouette“<sup>29</sup>, von den Kirchen spricht er nicht. Andere Reise- und Kunstführer, wie Reclams Kunstführer (1977), Dehio (1983) und Knaurs Kulturführer (1987), legen ebenfalls ihren Schwerpunkt auf die Türme Gontards. Während die Neue Kirche am Deutschen Dom allmählich gänzlich zu einem bloßen Anhängsel geworden ist, gestaltet sich das Gemeindeleben um die Französische Kirche nicht zuletzt aufgrund der Nutzung des Turms u.a. in Verbindung mit dem Hugentottenmuseum zu einem touristischen Anziehungspunkt.

Der Neuen Kirche fehlte dieses. Längst schon hatte die DDR-Regierung den Nutzen auch von Kirchengebäuden bzw. ihrer äußeren Hüllen für touristische Zwecke erkannt, als sie erwo, 1983 eine Kunsthalle des „Verbandes Bildender Künstler der DDR“ in den Räumen des Turms einschließlich der Neuen Kirche einzurichten. Daß Christoph Bürkle 1997 in seinem Vorwort zu Pleusers Dokumentation diese Umwandlung als „folgeschwere Entscheidung“ bezeichnet, steht wohl im Zusammenhang mit dem dabei reichlich verwendeten Beton, der den Architekten in den 1990er Jahren vor kaum zu revidierende Tatsachen stellen mußte. Konkret ist die Rede u.a. von einer tief eingreifenden „Entkernung der Kirchenruine“, dem „Einbau einer Zwischendecke“, „Betongalerie“ und der „Errichtung einer monumentalen Betontreppe im Turm.“<sup>30</sup> Die Kritik bezog sich auf das Material, weniger auf die Umnutzung zu einer Kunsthalle. Zwar wurde das DDR-Konzept nach der Wende durch ein neues ersetzt, was blieb, war aber die Grundidee der Umnutzung an sich, die Schaffung von Ausstellungsfläche. An die Etablierung einer Kirche dachte zu diesem Zeitpunkt niemand mehr. Pleusers Umbau 1993-94 folgte nun dem „Konzept, Vorhandenes zu akzeptieren und Verborgenes sichtbar zu machen“. Der heutige Besucher des Deutschen Doms sieht Spuren aus allen vier Bauphasen 1785, 1881, 1983, 1993.<sup>31</sup> Was er nicht sieht, ist das, was eben tatsächlich verschwunden ist – die Gemeinde selbst. Durch das heute sichtbare Resultat mit Pleusers Umbau wird die „folgeschwere Entscheidung“ von 1983 relativiert; er macht den Raum zum Exponat selbst, das Innere wird zur Zeit- und zur Entdeckungsreise.

Im Laufe der letzten 300 Jahre, so läßt sich der Befund zusammenfassen, verschwand die Kirche hinter der Bedeutung zuerst des Turmes und schließlich der des Platzes. Während die Neue Kirche ihrer ursprünglichen Funktion durch widrige äußere wie innere Umstände nicht erst nach 1945 verlustig ging, wurden schließlich Turm und Kirche, endlich, über 220 Jahre nach Erbauung des Turms einer gemeinsamen Funktion zugeführt. Die Diskussion über ungenutzte „leere Hülsen“ macht vor Kirchenbauten nicht halt. So hat am Anfang des 21. Jahrhunderts das ungleiche Paar zueinander gefunden, und der Mißstand, von dem anfangs die Rede war, scheint damit heute ausgeräumt zu sein. Mit der Ausstellung über die Geschichte des deutschen Parlamentarismus („Wege – Irrwege – Umwege“) knüpft diese Nutzung nicht nur an jene des Geschichtsvereins von 1875 an, sondern findet ihren geschichtlichen Vorgänger auch in der Paulskirche in Frankfurt am Main. Sie zeigt uns, wie das Bauen im Bestand und damit auch die Umnutzung von Kirchenbauten schon lange zu unserer deutschen Geschichte gehören.

Anschrift der Verfasserin:

Maren Krause, Nehringstr. 3A, 14059 Berlin, get@marenkrause.de

## Anmerkungen

- 1 Erst nach beinahe 100 Jahren entwickelte sich erneut Interesse an diesem Motiv, vgl. Laurenz Demps: Der Gensd'armen-Markt. Gesicht und Geschichte eines Berliner Platzes, Berlin 1987.
- 2 Wilhelm Lütke mann: Deutsche Kirchen. Die Evangelischen Kirchen in Berlin, Berlin 1926.
- 3 Lütke mann 1926, S. 116: Bemerkenswert ist, daß Lütke mann die Kirche von 1708, nicht jene Kirche nach dem Umbau von 1881 heranzieht.
- 4 Paul Kirmß: Die Geschichte der Neuen Kirche in Berlin, Berlin 1908, S. 24.
- 5 Bei der Verlegung des Friedhofs war die französische Gemeinde für verlorengegangene Kunstwerke mit dem Nutzungsrecht von Räumen im Turm entschädigt worden (Kirmß 1908, S. 45).
- 6 Kirmß 1908, S. 45.
- 7 Demps 1987, S. 259.
- 8 Das Berlinische Armen-Direktorium tagte jeden Mittwoch Vormittag „im neuen Dom an der Deutschen Kirche“. Berliner Adressbuch 1812, S. 102.
- 9 Das Berliner Adressbuch (1812, S. 103) nennt Kastellan Henschel, J.W.; den Kanzlei- u. Kassendiener Bastian; den Nachtwächter Lehmann sowie einen Armen-Kassen-Kontrollleur.
- 10 Der König habe sogar zu Bauzeiten mündlich Gleichbehandlung beider Gemeinden zugesagt (Kirmß 1908, S. 45).
- 11 Das Oberkonsistorium sah für solche Zwecke kein Geld vor (ebd.).
- 12 Bänke wurden aus dem mittleren Raum gerissen. Die Gemeinde war in die Jerusalemkirche ausgewichen. Nach Abzug der Franzosen dauerte es noch Monate, bis die Kirche wieder genutzt werden konnte. Vgl. Kirmß. S. 48. Es ist denkbar, daß der Turm ebenfalls von der französischen Armee „genutzt“ wurde.
- 13 Vgl. Carl Büchsel: Ueber die Kirchlichen Zustände in Berlin nach Beendigung der Befreiungskriege. Vortrag im Evangelischen Verein, Berlin 1870, S. 17.
- 14 „Während fast alle Kirchen in Berlin leer und verlassen da standen, war die Dreifaltigkeitskirche sonntäglich gedrängt gefüllt“ (ebd. S. 23).
- 15 Kirmß 1908, S. 52.
- 16 Ebd., S. 55.
- 17 Ebd., S. 63.
- 18 Karl Leopold Adolf Sydow (1800-1882): Aufgrund seiner wissenschaftlich begründeten Kritik, die er 1872 in einem Vortrag an der „wunderbaren Geburt Jesu“ geübt hatte, wurde er vom Konsistorium wegen Verletzung der Amtspflichten seines Amtes enthoben.
- 19 Kirmß 1908, S. 64.

- 20 Friedrich Leyden : Groß Berlin. Geographie einer Weltstadt“, Berlin 1933; Reprint 1995, S. 103.
- 21 Im gleichen Zeitraum nennt Leyden für die Breite- und Brüderstraße einen Rückgang von 979 auf 45 Personen, für Leipziger Platz und Leipziger Straße von 831 auf 12, für Charlotten-, Koch- und Markgrafenstraße von 841 auf 97; andere Plätze sind sogar inzwischen gänzlich unbewohnt (vgl. S. 102ff.).
- 22 „Ein erfreulicher Wohlstand herrschte überall, und die Entvölkerung der Parochie hatte noch nicht begonnen. Aber schon im Jahre 1873 wurden infolge der erhöhten Mietspreise für kleine Wohnungen und des Abbruchs vieler Häuser verschiedene Familien aus der Parochie an die Peripherie der Stadt verdrängt“ (Kirmß 1908, S. 135ff.).
- 23 Ebd., S. 134.
- 24 Ebd., S. 134.
- 25 Ebd., S. 136ff.
- 26 Ebd., S. 146.
- 27 Erste Sitzungen fanden in verschiedenen Lokalen statt, seit 1866 im Hörsaal des Grauen Klosters. Näheres über den Verein für die Geschichte Berlins in dem gleichnamigen Buch von Studenten des Studienganges Museumskunde der FHTW Berlin, 2000.
- 28 Evangelisches Zentralarchiv (EZA) und Landeskirchenarchiv Berlin Brandenburg (LABB), gemeinsamer Bestand Jerusalem- und Neue Kirche 03/07 (1920-30 Jahre betreffend: Akte 11485-86).
- 29 Baedeker – Berlin 1975, S. 119.
- 30 Pleuser 1997, S. 6/ 17ff.
- 31 An den Originalbau von 1708 erinnert lediglich der Grundriß der Kirche.

## Der „Soldatenkönig“ und der „Prediger der Herzensreligion“.

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Wilhelm I. und dem Grafen Zinzendorf

Von Werner Rackwitz

Mit der Ansiedlung mährischer Exulanten auf seinem Gut Berthelsdorf in der Oberlausitz und der Gründung von Herrnhut im Juni 1722, der Übersiedlung mit seiner Familie dorthin und der Erweckung der Gemeinde im August 1727 hatte Nikolaus Ludwig, Reichsgraf und Herr von Zinzendorf und Pottendorf (1700-1760), den Ausgangspunkt für eine erneuerte weltweit wirkende Unitas Fratrum geschaffen. Versuche, im dänisch-norwegischen Königreich Fuß zu fassen, mißlangen, die Vorbehalte der orthodox lutherischen Kirche und des Pietismus hallischer Prägung in Skandinavien und im Baltikum gegen das Herrnhutertum waren zu groß. Aus Kursachsen ausgewiesen, begegnete der Reichsgraf hingegen in Friedrich Wilhelm I. einem zunächst höchst skeptischen Monarchen, dann aber einem wohlwollenden Förderer seiner Absichten, sofern sie ihm sinnvoll und für Preußen nützlich erschienen.<sup>1</sup>

Mehr noch unterstützte der Berliner Konsistorialrat und älteste Hofprediger Daniel Ernst Jablonski (1660-1741) Zinzendorfs Bestrebungen zur Entfaltung einer neuen Brüder-Unität. Dessen Einstellung kam nicht von ungefähr. Sein Vater, der Prediger und spätere Brüderbischof Peter Figulus, stammte aus dem im südlichsten Teil des Adlergebirges gelegenen Jablonau (Jablonne nad Orlici) in Böhmen, seine Mutter Elisabeth war eine Tochter des berühmten, aus seiner Heimat vertriebenen Jan Amos Comenius, in dessen Haus im polnischen Lissa Peter Figulus als Pflegesohn aufgenommen worden war.<sup>2</sup> Im Sinne der pädagogischen Prinzipien und der Weltsicht seines Großvaters erzogen, besuchte Daniel Ernst Figulus das Gymnasium der polnischen Brüderunität in Lissa, bezog dann die Universität in Frankfurt an der Oder und studierte von 1680-1683 als Stipendiat am

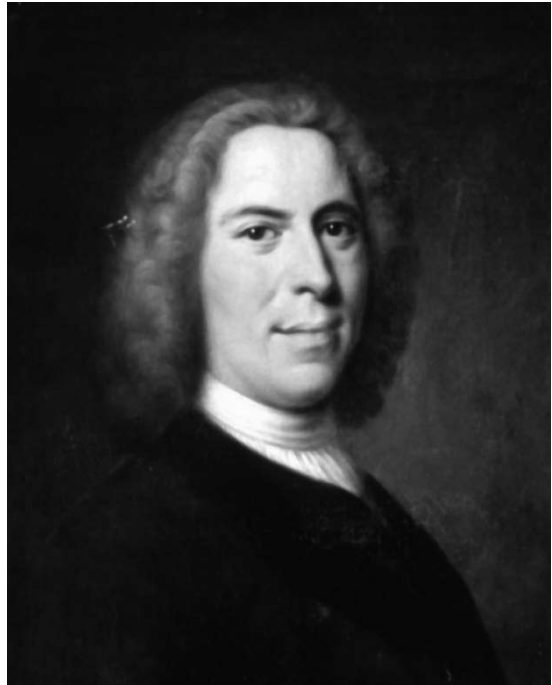
Christ Church College in Oxford. Mit Aufnahme seiner Studien in England hatte Jablonski den alten Familiennamen wieder angenommen. In England beeinflussten den Zwanzigjährigen die Predigten des späteren Bischofs von St. Asaph (Wales), William Beveridge (1637-1708), mehr noch aber die von dem deutschen Prediger an der Savoykapelle in London, Anton Horneck (1641-1697), ausgehenden Reformen innerhalb der Anglikanischen Kirche. Es war nur folgerichtig, daß er um 1700 einen Bericht von Josiah Woodward über diese Bestrebungen ins Deutsche übersetzen ließ, ihn mit einer Vorrede versah und in Berlin veröffentlichte.<sup>3</sup> Dieser Traktat enthält überdies die seinerzeit von Horneck entworfenen und vielfach übernommenen Regeln für die „religious societies“, die auch den heranwachsenden Zinzendorf beeinflusst hatten. 1709 wurde Jablonski schließlich zum Korrespondierenden Mitglied der einflußreichen *Society for Promoting Christian Knowledge* ernannt. Diese Gesellschaft verpflichtete nach dem Vorbild der Glauchaschen Anstalten, in denen der junge Graf seine Schulzeit verbrachte, ihre Mitglieder zu tätiger Förderung christlicher Erkenntnis, zur Armenpflege und zu missionarischer Tätigkeit in Ostindien und Georgia.<sup>4</sup> Insofern laufen in der Person des Hofpredigers viele Fäden zusammen, die ihn mit der von Herrnhut ausgehenden erneuerten Brüderkirche verbinden. Gewisse Divergenzen zwischen beiden Männern bestanden insofern, da Zinzendorf, im Gegensatz zu Jablonskis reformiertem Schriftverständnis, an dem inneren Zusammenhang seiner Gemeinde mit der Lutherischen Kirche festhalten wollte.

Im Frühjahr 1730 begann Zinzendorf ernsthaft zu erwägen, in den geistlichen Stand einzutreten. Auch hierbei erwies sich Jablonski, mit dem der Graf seit 1729 in dessen Eigenschaft als Antistes der Böhmischemährischen Brüder-Gemeine in Groß Polen im Briefwechsel stand, als guter Ratgeber: Mit der Verwirklichung seiner ehrenwerten Absicht möge er auf günstigere Begleitumstände warten, da Herrnhut zur Zeit noch zu sehr Verleumdungen ausgesetzt sei.<sup>5</sup> Jahre später unterzog sich dann der Reichsgraf inkognito im schwedischen Stralsund einem mehrtägigen theologischen Examen und erhielt darüber am 26. April 1734 vom dortigen Konsistorium ein Testimonium seiner erwiesenen lutherischen Rechtgläubigkeit. Im Dezember des gleichen Jahres predigte er mit Einverständnis der Theologischen Fakultät in Tübingen in der dortigen Haupt- und Stiftskirche sowie in der Hospitalkirche, womit seit dem 4. Advent 1734 sein Eintritt in den geistlichen Stand als vollzogen galt.

Als folgenschwer für seinen weiteren Lebensweg erwies sich dann eine ebenfalls mit Jablonskis Zutun zustande gekommene Audienz bei Friedrich Wilhelm I. Zum zweiten Male aus Kursachsen ausgewiesen, trat Zinzendorf am 27. Juli 1736 von seinem kurzzeitigen Wohnsitz auf der bei Büdingen gelegenen Ronneburg aus eine Reise nach dem seit 1721 unter russischer Herrschaft stehenden Livland an. Sein teilweise zu Fuß zurückgelegter Weg führte ihn über Magdeburg, Berlin und Königsberg nach Riga und Reval.<sup>6</sup> Sowohl auf der Hin- wie auf der Rückreise besuchte er die Witwe des sächsischen Generalleutnants Nikolaus Ludwig von Hallart (1659-1727), Magdalene Elisabeth, auf ihrem Gut Wolmarshof, im lettischen Distrikt Valmiera, wo sie missionarisch wirkte.<sup>7</sup> Nach ihrem Weggang aus Dresden hatte Zinzendorf seinerzeit als junger kursächsischer Justiz- und Hofrat deren Konventikel übernommen und ihn alsbald in seiner Wohnung am Kohlmarkt fortgeführt. Während dieser sonntäglichen Erbauungsstunden, in denen die Bibel gelesen, gebetet und gesungen wurde, die zeitweilig auch den Charakter von Liebesmahlen mit Tafelmusik erhielten, kam es in den Jahren zwischen 1725 und 1727 zu einem oder mehreren Zusammentreffen mit dem Anhalt-Zerbster Hofkapellmeister Johann Friedrich Fasch (1688-1758), der bei solcher Gelegenheit musikalisch aufgewartet haben dürfte. Da der

Nicolaus Ludwig Graf von Zinzendorf,  
Ölgemälde von Balthasar Denner,  
anlässlich der Verleihung des  
Dannebrogordens 1731

Universitätsarchiv Herrnhut GS 043



Graf grundsätzlich nicht an den Lustbarkeiten des Hofes teilnahm oder die katholische Hofkirche besuchte, für die Fasch in den Wintermonaten 1726/27 Musik lieferte, ist eine Begegnung daselbst wahrscheinlich. Hieraus ergab sich ein mehrjähriger Briefwechsel, von dem zehn Briefe Faschs aus den Jahren von 1731 bis 1737, aber keine Gegenstücke dazu erhalten sind. In jenem Dresdner Bibelkreis lernte Johann Friedrich auch 1727 seine zweite Frau, die Pfarrerstochter Johanna Helena Simers aus Großmehlen in der Niederlausitz, kennen. Aus dieser Verbindung ging sein Sohn Karl Friedrich Christian (1736-1800) hervor, der Gründer der Berliner Singakademie.<sup>8</sup>

Auf seiner Rückreise richtete der Graf am 15. Oktober 1736 aus Litauen einen die Salzburger Glaubensflüchtlinge betreffenden Brief an den König.<sup>9</sup> Diese waren als Protestanten durch ein Emigrations-Patent vom 31. Oktober 1731 des Erzbischofs Leopold Anton von Firmian (1679-1744) unter Androhung schwerer Strafen aus dem Gebiet um Werfen, Hallein, Radstadt, Goldegg und St. Veit vertrieben worden. Friedrich Wilhelm, der sicherlich an einem Retablissement des durch die Pest und eine nachfolgende Hungersnot geschwächten Ostpreußen, mehr noch aber an einer Stärkung des internationalen Gewichts Preußens und seines Ansehens als protestantischer Schutzmacht interessiert war, bot in einem „Königlichen Patent und Requisitions-Schreiben“ vom 2. Februar 1732 den verfolgten evangelischen Glaubensverwandten „die hülfliche und mildreiche Hand“. Aufgrund dieses schnell erlassenen, auch im preußischen Kabinettsministerium nicht unumstrittenen Patents, kamen mehr als fünfzehntausend Salzburger, in der Mehrheit begüterte gottesfürchtige Bauern und somit willkommene neue Untertanen, in den Monaten Juni bis August 1732 nach Gumbinnen im litauischen Norden Ostpreußens.<sup>10</sup> Über ihren Durchzug durch Köthen und Zerbst im Frühsommer 1732 war Zinzendorf seinerzeit bereits durch einen der Briefe Johann Faschs unterrichtet worden.

Zinzendorf bat den König darum, ihn als „treuen Handlanger“ in dem „Salzburgischen Pflege Garten in Litthauen“ anzunehmen, wenngleich er auch nicht das Projekt seiner weitläufigen Verpflichtungen wegen mit ganzer Kraft betreiben könnte. In einer klug abgefaßten Niederschrift „Nähere Erläuterung des allerunterthänigsten Vorschlages zu einer Salzburgischen Anstalt“ kommt zum Ausdruck, was Zinzendorf, von philadelphischem Gedankengut beeinflusst, unter Diasporaarbeit verstand.<sup>11</sup> Ein „Privatus“, der Land und Leute kenne, solle in Litauen einen Meierhof ankaufen, auf dem ausgesuchte Salzburger zur Arbeit angenommen werden. Nach und nach würden sich gottesfürchtige Familien, die noch nicht oder noch nicht ausreichend etabliert wären, einfinden. An eine Pfarrei oder gar an eine Kirche sei zunächst nicht zu denken, „bis sich der Haufe [brüderisch für Gemeinde] zum Bleiben eingerichtet“. Die geistliche Betreuung könne durch Katecheten erfolgen. Außerdem sei eine „Waisen Anstalt“ oder dergleichen zu gründen. „Das wäre so der Weg unter Göttlichem Gedeyen, einen Ort mit solchen Salzburgern zu besetzen, die in Verfolg der Zeit, nach geist u. leiblichem, andern zum Exempel, denen protestanten zur Erbauung, und vielleicht gar der Anlaß zu einem mehreren commercio in Litthauen werden könnten.“ Da der „Privatus“, und damit meinte er sich selbst, den Handel nur zur Verschleierung der eigentlichen Absicht tätigen würde, wären die Ausgaben für den König nicht größer als der zu erwartende künftige Ertrag. Damit keine üble Nachrede entstünde, er wolle Herrnhut nach Litauen verlegen, mögen seine Vorschläge vertraulich behandelt werden.

Zuvor hatte sich Zinzendorf bereits am 14. Februar aus Herrnhut an Friedrich Wilhelm gewandt. Die einleitenden Bemerkungen offenbarten zwei bezeichnende Seiten seines Charakters: das aristokratische Standesbewußtsein des Reichsgrafen und die Bescheidenheit eines der Sache Christi Dienenden.

„Dies glückselige Loos meines Lebens, unter lauter bauren u. Exulanten zu wohnen, hat mich wohl gegen die Hohen dieser Erden ziemlich fremd gemacht, und wenn ich zugleich die Seeligkeit genieße in meiner lieben Stille gelaßen zu werden, so wolte ich mich gern damit begnügen, jedem Gesalbten des Herrn den Segen des Herrn zu wünschen, und meinem theuersten Landes Herrn über dies mit zärtlichster Unterthanen Treue zu den Füßen zu liegen, ohne ein oder andren unter den Majestäten mit meinem geringen Nahmen u. Zeilen zu behelligen.“

Aber es würden sich viele Menschen bemühen, seinen Namen zu verunglimpfen und die Herrnhuter Brüdergemeine zu ruinieren. Beigelegt hatte er seine gedruckte Verteidigungsschrift an den schwedischen König Friedrich I. vom Dezember 1735, in der er sein Glaubensbekenntnis und die Übereinstimmung der Brüder mit der Augsburger Konfession darlegt, auch sich gegen Verleumdungen zur Wehr setzt, er wolle sich, da er in Stralsund gepredigt habe, in Schweden niederlassen. Ebenfalls stellte er darin richtig, daß niemals in Kopenhagen theologischer Irrtümer wegen ein Consilium abeundi gegen ihn erlassen worden wäre. Am 18. Juni 1736 erneuerte dann der Graf seine Bitte, die Sache der mährischen Brüder in Herrnhut von Theologen untersuchen und ihn über alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen befragen zu lassen.<sup>12</sup> Diese früheren Briefe hatten Friedrich Wilhelm offenbar wenig beeindruckt. Sie waren, wie zuvor schon ein Schreiben vom 2. März 1729, in dem sich der Graf für eine Entlassung des wegen „vielfältiger Sonderlichkeiten“ in der Charité festgesetzten Wanderpredigers Victor Christoph Tuchtfeld verwandte, ohne Antwort geblieben.<sup>13</sup>

Die Vorschläge zur Veränderung der Lebensumstände der Salzburger Emigranten indes weckten sofort das politische Interesse des Königs. Er selbst hatte sich im Juli des Jahres auf einer Reise nach Insterburg und Gumbinnen von den Verhältnissen im Lande überzeugt,



nachdem im Herbst des Jahres zuvor bereits der Kronprinz die Gebiete inspiziert hatte.<sup>14</sup> Am 24. Oktober 1736, dem Tag, an dem Zinzendorf hoffte, Berlin zu passieren, lud Friedrich Wilhelm ihn zu einer Audienz nach seiner zeitweiligen Residenz Wusterhausen, beauftragte gleichzeitig Jablonski, ihm sein Handschreiben auszuhändigen und zu „machen, daß er morgen herauskäme“. Nach seinem Eintreffen, einen Tag später als angekündigt, begab sich Zinzendorf sofort nach Wusterhausen und meldete seine Anwesenheit. August Gottlieb Spangenberg, sein erster Biograph, überliefert die Worte, mit denen der Graf später seine Eindrücke von den über drei Tage währenden Gesprächen zusammenfaßte:

„Der König sprach den ersten Tag sehr froid, doch gründlich; den andern, offen und zutraulicher; den dritten aber so, vor dem ganzen Hofe, daß er meiner wegen belogen und betrogen sey; daß es weder der Ketzerey, noch der Staatsverwirrungen halber mit mir Noth habe; daß meine ganze Sünde sey, daß ich als Graf und in der Welt angesehenener Mann, mich dem Dienst des Evangeliums ganz widmete. Er versichere mich seiner Liebe, völligen Vertrauens, und daß er nichts mehr wider mich glauben, sondern mir dienen wolle, wo er wisse und könne.“<sup>15</sup>

So glimpflich schien das Gespräch dann doch nicht verlaufen zu sein, denn noch ein Jahrzehnt später klingt der Schauer des Grafen nach: „Es war ein erschrecklicher Empfang. Da habe ich gesehen, was ein Monarch vermag, und habe begreifen lernen, warum manche Leute vor ihnen verstummen. Den Empfang kann ich keinem Menschen beschreiben.“<sup>16</sup> Friedrich Wilhelm, der in seinem autokratischen Regiment geistige Selbständigkeit bei anderen nicht duldete, schien zunächst noch der Meinung gewesen zu sein, bei Zinzendorf, zwar Reichsgraf und Stiefsohn seines treuen Generalfeldmarschalls Dubislav Gneomar von Natzmer (1654-1739), handle es sich um einen skurrilen Eiferer, um eine teils gefährliche, teils ridiküle Person, etwa vom Schlage des von ihm gern den makabren Späßen des Tabakskollegiums preisgegebenen hochgelehrten aber haltlosen Jakob Paul von Gundling. Oder erinnerte er sich an jene Ende Februar 1733 ausgesprochene Bitte der Theologischen Fakultät der Universität Halle, den Magister Spangenberg, Adjunkt an der Fakultät und Inspektor am Waisenhaus, wegen eines zu Weihnachten in Glaucha abgehaltenen Liebesmahls und seiner Verbindungen zu Herrnhut abzubrufen? Wie auch immer. Der Graf verstummte nicht vor der Majestät, sondern brachte seine Anliegen vor: die „Litthauische Sache“, seine Absicht, die Ausbreitung eines wahren Christentums zu befördern, die Ansiedlung in der Wetterau und sogar die Rückbeorderung seiner beiden Stiefbrüder Carl Dubislav und Heinrich Ernst von Natzmer nach Berlin, die in Zusammenhang mit dem Desertionsversuch des Kronprinzen in die Provinz verbannt worden waren. Am 27. Oktober bestätigte Zinzendorf den wesentlichen Inhalt der Audienz und die Anregungen des Königs, darunter die, sich als Bischof seiner mährischen Brüder ordinieren zu lassen, und bat, sich nach Berlin begeben zu dürfen. Bereits einen Tag später teilte Friedrich Wilhelm dem Grafen mit, daß es ihm lieb gewesen wäre, über die „Litthauische Sache“ zu sprechen. Er sei zufrieden, wenn der Graf nach Berlin gehe, um mit Jablonski alles gründlich zu überlegen. Seinen Hofprediger wies er noch am selben Tage an, er möge mit Zinzendorf über alle die Dinge reden, in denen dieser eine Beratung für nötig hielt:

„Da Ich nunmehr den Gr. v. Zinzendorff selbst gesehen und gesprochen, auch gefunden, daß er ein Ehrlich und vernünftiger Mann ist, dessen Absichten bloß dahin gehen ein wahres rechtschaffenes Christenthum, und die heils.[ame] Lehre des Worthes Gottes zu befördern, so wil Ich daß wenn Ihr demselben in Berlin sprechen werdet, Ihr diejenigen Punkte so er zu proponiren hatt mit ihm erwegen, und Mir hiernebst Euren Bericht davon erstatten sollet.“

Einen Tag später richtete Zinzendorf einen weitschweifigen Dankesbrief an den König, in dem er auch die Freude seines Stiefvaters und seiner Mutter, sowie die von Jablonski über die königliche Huld zum Ausdruck brachte. Er bat darin nochmals um gründliche Prüfung

König Friedrich Wilhelm I.  
Gemälde von Antoine Pesne, um  
1733, Berlin, Stiftung Preußische  
Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Schloss Charlottenburg



seiner Sache sowie um Unterstützung seiner Vorhaben in der Wetterau und wiederholt seinen Wunsch, sich und seine mährischen und böhmischen Brüder in preußischen Landen zu etablieren. Mit gleichem Datum schrieb Zinzendorf Briefe an seine Stiefbrüder, die er einem Begleitschreiben beilegt. Da dem König die Ausführungen zu lang waren, vermerkte er am Rande des ersten Briefes „extract“, den der Kabinettssekretär Elias Schumacher anfertigte. Der lautet zum ersten Schreiben, daß der Hofprediger die Sachen des Grafen billige und bereit sei, ihn mit königlichem Befehl zu ordinieren. Zum zweiten Brief heißt es kurz und bündig, daß die „Vermahnungsbriefe“ an die Stiefbrüder „ganz christlich und erbaulich“ seien, es wäre für beide nach Meinung des Grafen nützlich, wenn der König sie wieder nach Berlin ziehen würde. Jablonski kannte seinen König besser. In einem knappen Bericht teilte er am 30. Oktober mit, daß er dreimal mit Zinzendorf gesprochen habe. Der wolle erstens, sich durch Berliner Theologen examinieren lassen; zweitens, wünsche er die Ordination in aller Stille ohne Eklat; drittens, möchte der Graf in preußischen Landen ein unbebautes Stück Land erstehen, um ein Waisenhaus anzulegen, und viertens, bezeige der Graf „eine Inclination in Ew. Königl. Maj. Reichs-Lehen draußen im Reich sich wohnhaft niederzulassen“. Der König antwortete Zinzendorf am 1. November, wünschte ihm christlichen Segen zu seinen Vorhaben, fügte Abschriften der Order an die lutherischen Pröpste von Berlin und Cölln, Michael Roloff, Pastor primarius zu St. Nicolai, und Johann Gustav Reinbeck, Pastor primarius zu St. Petri, sowie an den Residenten im oberrheinischen, fränkischen und schwäbischen Kreise, Christoph Martin Graf von Degenfeld-Schönburg, bei. Wegen des Verkaufs seiner Anteile an der Herrschaft Speckfeld und Geilsdorf in der Wetterau werde er sich, wenn er alles darüber wisse, später äußern. Tags darauf teilt er

Zinzendorf sein Wohlgefallen über die „Vermahnung“ seiner beiden Stiefbrüder mit, er werde „mit der Zeit“ dafür sorgen, sie wieder nach Berlin zu ziehen. An Jablonski ergeht ebenfalls am 2. November die Order, beide Pröpste sollten „Orthodoxie und Sentiments“ des Grafen prüfen. Wenn ihr Zeugnis gut ausfallen würde, woran er nicht zweifle, möge er ihn ordinieren. Weiter heißt es: „Das Vorhaben in Lithauen ein Waisenhaus oder dergleichen etablissement zu errichten, ist gut. aber noch nicht practicable, doch könnte es mit der Zeit wohl angehen, wenn daselbst alles erst auf rechtem Fuß seyn wird.“ Ein ähnliches Vorhaben, die Erbauung eines Hospitals in Gumbinnen, „theils für alte abgelebte und unvermögende Salzburger, theils für andere arme Leute“, beschäftigte den König schon seit Sommer 1732. Drei Jahre später stellte er ein Doppelhaus dafür zur Verfügung. Im Januar 1740 wurde mit seiner Genehmigung aus Kollektengeldern und aus in Salzburg eingetriebenen Guthaben und Erlösen aus dem Verkauf der Güter der Emigranten die Salzburger Anstalt zur Versorgung der Armen als Stiftung gegründet.<sup>17</sup>

Der König erwartete, daß alles umgehend geschehen würde. Aber Zinzendorf war inzwischen nach der Wetterau abgereist, da sich Michael Roloff zur Zeit auf Reisen befand. Davon setzte er Friedrich Wilhelm aber erst am 4. November aus Eisenach ins Bild. Die Antwort kam prompt und kühl am 15. November von Schloß Cossenblatt: Er habe geglaubt, daß sich Zinzendorf vor seiner Abreise examinieren und ordinieren lassen werde, er möge mitteilen, wie bald er wieder in Berlin zu sein gedenke. Inzwischen hatte der von Natur aus mißtrauische König bereits am 6. November seinen Generalfeldmarschall von Natzmer gebeten, ihm aufrichtig zu sagen, was er von dem Grafen halte. Offensichtlich waren bei Friedrich Wilhelm wieder Zweifel ob der Redlichkeit Zinzendorfs aufgekommen. Zwar betont er in dem Brief, daß er die Antworten auf seine Fragen an den Grafen wohl christlich und dessen Absichten gut gefunden habe. „Weil Ich ihm aber nicht ins Hertze sehen kann, und oft der äußerliche Schein zu betriegen pflaget“, brauche er diese Bestätigung. Von Natzmer bezeugte eilends, daß sein Stiefsohn „von Jugend an einen tugendhaften Wandell geführt, wahrhaftig Gott gefürchtet, und nun gerne die gantze Welt bekehren wolte!“ An seinem wahren Christentum und seiner Redlichkeit sei wohl nicht zu zweifeln. Von Frankfurt am Main bestätigte Zinzendorf am 26. November das Schreiben des Königs. Die drohende Meinungsänderung des Monarchen ahnend, entschuldigte er sich damit, daß die Pröpste wegen anderer Beschäftigungen längere Zeit bräuchten, um alle Schriften zu lesen. Außerdem müsse er seine Konferenz in London nach den Möglichkeiten der dort erwarteten Gouverneure aus Übersee richten. Er hoffe bald danach zurück zu sein. Friedrich Wilhelm nahm die Entschuldigung an, erwartete aber, daß er nunmehr im Januar 1737 zur „Erhaltung seines Endzwecks“ wieder in Berlin sein werde. Daran war aber nicht zu denken. Wie der Graf neuerlich dem König zu Silvester aus Amsterdam schreiben mußte, sei just aus England die Nachricht gekommen, daß er zu dieser Zeit auf der Insel den General James Edward Oglethorpe (1696-1785), den Gründer der Kolonie Georgia, sowie den Bevollmächtigten für die Verwaltung der Kolonie, John Percival, 1th Earl of Egmont (1683-1748), treffen könne, um Angelegenheiten der Missionstätigkeit der Brüder in Georgia zu besprechen. Zinzendorfs Aufenthalt in Oxford und London dauerte vom 20. Januar bis zum 6. März 1737. Die Rückkehr nach Berlin verspätete sich aber weiter. Am 16. April beklagte er sich beim König aus Lindheim in der Wetterau, daß er auf seine Briefe an ihn keine Antwort erhalten habe und argwöhnliche Schlimmes. Widrige Winde hätten seine Überfahrt verzögert, seine Verrichtungen in Holland, in der Wetterau und in Frankfurt am Main habe er quasi nur gestreift; von hieraus werde er direkt nach Berlin gehen, die beiden Pröpste seien über sein Kommen unterrichtet. Am 25. April 1737 kann er Friedrich Wilhelm seine Ankunft melden. Sein

Wohnung sei in der Nähe der Propstei Reinbecks, „in dem Obrist Crollischen Hause in der Brüderstraße“. Dort sei er unter dem Namen von Wachau, dem einer ehemaligen Herrschaft der Familie Zinzendorf in Österreich, zu finden. Drei Tage später bestätigte ihm der König den Erhalt aller seiner Briefe. Er habe sie nicht beantwortet, da er nicht wissen konnte, ob ihn die Post noch in England erreichen würde. Daß er sich nunmehr einige Zeit in aller Stille in Berlin aufhalten werde, sei ihm sehr recht. Das Kolloquium fand im Hause des Grafen statt, und die Pröpste teilten dem König am 2. Mai 1737 mit, bei Zinzendorf „keine andere Lehre, als die in unsern Kirchen geführet wird“, gefunden zu haben. Friedrich Wilhelm bestätigte den Bericht und ließ Zinzendorf am 10. Mai 1737 seine Zufriedenheit über das Examen wissen. Die Sache mit der „Ordination zum Episcopat bey denen Teutschen Mährischen Brüdern“ werde er sich noch etwas reiflicher überlegen. Das wiederum löste bei Zinzendorf Bestürzung aus, die er noch am selben Tag in einem mehrseitigen Brief zum Ausdruck brachte. Der König selbst habe ihn doch durch seine Frage in Wusterhausen erst auf diesen Gedanken gebracht. Ebenfalls am 10. Mai verlangt Friedrich Wilhelm von seinem Oberhofprediger, ihm sein „gewissenhaftes Bedencken“ zu eröffnen: ob unter den jetzigen Umständen eine Ordination angeraten sei, „weil es leicht das Ansehen gewinnen könnte, als ob man eine Neue Religion einführen, und Souteniren [unterstützen] wolle“. Einen Tag später antwortet Jablonski, daß die Sache niemandem zum Nachteil gereichen, auch keine neue Religion begründen würde. Ob sie freilich bei den Widerwärtigkeiten, die der Graf habe, zu übler Nachrede führen könnte, müsse er denen zu beurteilen überlassen, die in den „statum publicum“ tieferen Einblick haben. Varnhagen van Ense überliefert das damals in Berlin umlaufende Gerücht, Zinzendorf würde nach seiner Ordination die allgemeine Aufsicht über alle Kirchensachen in preußischen Landen erhalten. Am 15. Mai 1737 entschied sich der König, Jablonski solle dem Wunsch des Grafen „in Gottes Nahmen“ entsprechen und „Ihn in der Stille, so wie er es verlangt, als einen Vorsteher seiner Mährischen Brüder ordiniren“. Mit gleichem Datum teilte er Zinzendorf seine Entscheidung mit. Die Bischofsweihe erfolgte am 20. Mai im Hause des Oberhofpredigers an der Gertraudenbrücke in Anwesenheit von David Nitschmann (1695-1772), den er bereits früher zum Bischof der auswärtigen Mährischen Gemeinen ordiniert hatte, und einiger Mitglieder der Herrnhuter Gemeinde. Glückwünsche und Sympathiebekundungen des Königs und des Erzbischofs von Canterbury, John Potter (1674-1747), mit dem Zinzendorf im Februar 1737 in Oxford mehrere Unterredungen hatte, blieben nicht aus.

Ehe der Graf abreiste, widmete er am 24. Juni Friedrich Wilhelm noch ein Gedicht, um ihn darin als Herrscher, aber auch als Knecht Gottes zu ehren. Von den dreizehn Strophen seiner ungekünstelten Poesie, die jeweils ausdrückt, was ihm gerade in den Sinn kam, mögen die achte und die elfte hier stehen:

- |  |  |
|--|--|
| 8) „Seines gleichen<br>Findt man nirgend mehr,<br>Und zum Zeichen<br>Dieser seiner Ehr<br>Steht der Teutsche und der Ruß<br>Meyst auf Brandenburg'schem Fuß.<br>Und auch England gehet in die Lehr.“ | 11) „Du bist König!<br>Aber Gottes Knecht,<br>Das ist wenig!<br>Nimm das Kinder-Recht!<br>Weil er dich so lange schon<br>Braucht zum Dienste seiner Cron,<br>Ob er dir noch näher werden möcht!“ |
|--|--|

Zu Weihnachten 1737 wieder in der Residenz eingetroffen, unterrichtete Zinzendorf den König am 1. Januar 1738, daß er sich aus mancherlei Gründen entschlossen habe, sein „séjour“ in der Oberlausitz abzukürzen und sich anderswo beständig zu etablieren.

Für einige Zeit wolle er sich mit seiner Familie in Berlin aufhalten. Wenige Tage später genehmigte Friedrich Wilhelm die Anwesenheit. Er sei sicher, Zinzendorf „werde sich so aufführen, wie es einem Christen und Sociablen Mann gehört und gebühret“. Sollte ihm jemand etwas in den Weg legen wollen, so möge er es melden.

Das bestimmende Ereignis in dieser Zeit waren die sogenannten Berliner Reden des Grafen. Seine Hoffnung, daß ihm einige der lutherischen Prediger ihre Kanzeln einräumen würden, erfüllte sich nicht. Deshalb hielt er sie, wegen des übergroßen Andrangs nach Männern und Frauen geteilt, vor einem stehenden Auditorium auf dem Dachboden seines angemieteten Hauses in der Leipziger Straße. Gleichwohl waren sie an die Stadt und die Welt gerichtet.<sup>18</sup> In den sechzehn vom 23. Februar bis 9. April 1738 gehaltenen Anreden an die Männer über Luthers Auslegung des zweiten Artikels des Glaubensbekenntnisses behandelte er seine gewachsene Erkenntnis in der Rechtfertigungsfrage. Er verkündigte nicht nur die Botschaft von der freien Gnade Gottes auf Grund des Kreuzestodes Christi, „sondern auch jene innere Erneuerung und das freudige Tun des Guten aus der Spontaneität eines ergriffenen Herzens, welches aus dem neuen Glaubensstand folgt.“<sup>19</sup> Zwei Jahre später wird er sich dem König gegenüber noch einmal über sein Verständnis jener theologischen Mitte des lutherischen Bekenntnisses äußern.

Zinzendorf mußte in diesen Tagen auch zu einer dem König zugespielten Schmähchrift „Entdecktes Heiligthum der Schwärmer“ eines Magister Gottfried Christoph Claudius, von 1724-1742 Pfarrer in Pratau, Stellung nehmen und ihm unverständliche Aussagen über die Gebräuche der Herrnhuter erläutern. Er gab auch Auskunft über das eigentümliche Liederwesen in der Gemeinde, da Friedrich Wilhelm im Herrnhuter Gesangbuch Lieder gefunden hatte, „die gantz außerordentlich mystisch dunkel, und unbegreiflich sind“, weshalb ihm dessen Überarbeitung dringend geboten erschien. Der Graf erklärte ausführlich die Herkunft verschiedener Lieder sowie ihren Charakter und schloß mit nachfolgenden Bemerkungen über den Umgang mit ihnen:

„In Ansehung des Zusammenhangs ist zu wissen, daß in unserer Gemeinde keine Lieder gantz gesungen werden: Der Cantor nimt die Materie der Reden, die eben gehalten worden, und setzet unterm Singen aus 20 30 Liedern gantze und halbe Verse zusammen, welche die Materie ordentlich und deutlich vortragen, und darinnen ist Cantor, Organist, Lehrer und Zuhörer so geübt, daß keines innehalten, keines ein Buch aufschlagen darff, welches sich ungesehen nicht demonstrieren läßt.“

Daß die Musik letztlich nur als Medium diene, um die im Text ausgedrückte „Materie“ zu transportieren, interessierte den König weniger. Ihn stellte zufrieden, daß Zinzendorf ebenfalls an eine Überarbeitung des Gesangbuches dachte. Seine kategorische Meinung kommt in einem Marginaldekret auf Zinzendorfs Brief vom 8. April zum Ausdruck: „soll bey der augsburg[ischen] Confess[ion] bleiben. Christi Reich vermehren Gott dienen aber in Stille, ohne affektiren.“ Letzteres vom König zuvor schon gebrauchte Wort enthüllt seine anhaltende Skepsis gegenüber dem Grafen: Dessen Enthusiasmus, sein eigentümlicher Umgang mit der Religion und mit geistlichen Dingen, der von Herder gerühmte „Reichtum an kühnen Wendungen und Herzensausdrücken“ seiner Sprache; das alles ließ Friedrich Wilhelm befürchten, hier könnte vielleicht doch einer etwas scheinen wollen, was er nicht sei. Diese wohlmeinend - zweiflerische Meinung teilte der hochangesehene Schriftsteller und spätere preußische Kammerpräsident Johann Michael von Loen (1694-1776), der Zinzendorf 1736 in Frankfurt gehört und gesprochen hatte: „Was seine neuen Verfassungen in dem Religionswesen betrifft, so muß ich bekennen, daß es mir schwer vorkommt, darüber ein Urtheil zu fällen; Es ist zu viel Gutes, um alles zu schelten; Es ist zu viel zweydeutiges, um alles zu loben; Es ist zu viel seltsames, um nicht einem Verdacht Raum zu lassen“.<sup>20</sup>

Während dieses Berliner Aufenthalts kam es auch zu einer neuerlichen Begegnung mit einer Gruppe böhmischer Exulanten aus Gerlachsheim bei Marklissa und ihrem Zinzendorf und den Herrnhutern nahestehenden Prediger Augustin Schultz (1693-1752). Wegen deren Streitigkeiten mit einer anderen bereits früher nach Berlin gekommenen Schar aus Großhennersdorf entstand aber daraus im Augenblick keine engere Bindung. Diese Großhennersdorfer Böhmen hatte Friedrich Wilhelm seit 1732 in Cölln und in der Friedrichstadt angesiedelt. Ackerbauern aus Gerlachsheim sollten hingegen nach seiner Order vom 7. Februar 1737 an den Präsidenten der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer in den „nächstgelegenen Ämtern Coepenick, Spandau, Schönhausen“ und anderswo in der Nähe Berlins untergebracht werden.<sup>21</sup> Matthias Conrad von der Osten unterbreitete am 18. Februar den Vorschlag, das sogenannte „Schultzen-Gericht zu Riecksdorf“ anzukaufen, es, um Streit mit dem Magistrat der Residenzstädte zu vermeiden, dem Amt Mühlenhof zuzuordnen und die Familien dort aufzunehmen. Der Kaufpreis von 12000 Talern war bereits am 4. Juli 1736 durch die Stadtkämmerei per Handschlag mit dem Geheimen Finanz-, Kriegs- und Domänenrat Adolph Gebhard von Manitus, der im Namen seiner Frau Anna Helena als Erbin handelte, ausgemacht worden. Bis zur Ausfertigung des Vertrages vergingen jedoch noch mehrere Monate, da über den Wert des Besitzes sowie die Höhe des jährlichen Ertrages erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Mit der Kabinettsorder vom 9. April 1737 zog Friedrich Wilhelm einen Schlußstrich. Am 11. April 1737 erfolgte durch seine Kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer der Ankauf. Die zum Gut gehörenden fünf Hufen Ackerland wurden an 18 böhmische Ackerwirte verteilt. Die genehmigte Gesamtsumme von 16855 Talern enthielt neben dem Kaufpreis die Kosten für die Errichtung von neun Doppelhäusern, Scheunen und Stallungen. Die Häuser sollten so eingerichtet werden, daß in jedem noch eine Familie, die sich durch Spinnen und durch Tagelohn ernähren müsse, Unterkunft fände. Auch das Salär von monatlich 6 Talern für ihren Prediger Augustin Schultz wurde bewilligt. Die Familien erhielten Saatgut, Vieh und Arbeitsgerät sowie ein Freijahr, in dem sie sich in Stand setzen sollten, danach „die schuldigen Praestationes“ abzutragen. Es dauerte freilich noch mehrere Jahre, ehe die Pachtsumme von den böhmischen Kolonisten erbracht werden konnte, so daß erst am 18. März 1748 die Erbverschreibung der Höfe erfolgte. Zuvor hatte Friedrich II. genehmigt, daß diejenigen Kolonisten, die bisher als Einlieger bei den Ackerwirten wohnten, Bauholz bekommen sollten, um auf dem Grund ihrer Landsleute nach und nach 20 Häuser zu errichten. So entstand neben dem deutschen Angerdorf an der nach Berlin führenden Straße, der heutigen Richardstraße, ein neues einseitig bebautes böhmisches Zeilendorf. Seit 1747 kann man neben den lutherischen und reformierten böhmischen Gemeinden in Rixdorf auch von einer Brüdergemeinde sprechen, die 1756 endgültig in die Unitas Fratrum aufgenommen wurde.

Die letzten Briefe, die der König und der Reichsgraf im Frühjahr 1740 wechselten, zeigen Charakterzüge Friedrich Wilhelms, die gemeinhin an ihm wenig gewürdigt werden. Sie sprechen eine ganz eigene Sprache. Angeklungen waren solche Töne bereits in einem Abschiedsbrief Zinzendorfs, als er sich Ende Dezember 1738 anschickte, nach der dänischen Insel St. Thomas in der Karibik zu segeln. Die Ungewißheit menschlichen Lebens bei einer solchen gefährvollen Reise und die zunehmende Krankheit des Königs bestimmten den Inhalt. Wenige Wochen vor seinem Tod offenbarte Friedrich Wilhelm, von schwerem Siechtum geplagt, Zinzendorf sein Verhältnis zu Gott und den Menschen: „Nach meiner Überzeugung“, so der König am 5. März 1740,

„stehe Ich mit Gott und Meinem Heyland sehr gut, und unterwerfe Ihm Mich und Meine zeitliche auch ewige Wohlfahrt, in dem kindlichen Vertrauen, Er werde Mich zu Gnaden nehmen. Meine

Sünden bereue Ich hertzlich und werde Mich durch Gottes Gnade bearbeiten, solche noch mehr und soviel schwachen Menschen nur möglich ist abzulegen, und suchen Gott danckbahr zu werden. Ein Kopfhänger bin Ich dabey nicht, und werde es auch nicht werden, weil Ich glaube daß das thätige Christenthum nicht darinnen bestehet. Ich vergebe auch Meinen Feinden von Hertzen, alles das Böse so sie Mir gethan haben; Hoffe aber allein durch die Barmhertzigkeit Gottes in dem Verdienst Christi seelig zuwerden.“<sup>22</sup>

Herausgefordert worden war dieses Bekenntnis durch ein Schreiben Zinzendorfs aus Marienborn vom 24. Februar 1740. Darin kündigte er seine Bereitschaft an, dem kränkenden König herzlich und aufrichtig zu sagen, wie er glaube, „daß ihnen mein gekreuzigter Heiland auch noch alles werden könnte“. Da niemand sonst von dem Brief wußte, genüge ein einfaches Ja oder Nein auf sein seelsorgerisches Angebot.

In seiner Antwort auf das königliche Bekenntnis blieb Zinzendorf am 15. März seltsam zögerlich, als bewege ihn die Sorge, noch nicht alles ausgesprochen zu haben, was ihm seine Herzensreligion gebot. Wie habe er zu antworten? Solle er „Dero vergnügten Zustand durch einige erbauliche Zeilen nur confirmiren“ [bekräftigen], oder solle er die ihm beim Lesen desselben aufgestiegenen „dubia“ [Zweifel] entdecken? Dazu erwartete er einen „Verhaltens Befehl in specie“. Daraufhin forderte ihn Friedrich Wilhelm am 25. März auf, zu sagen, was ihm bei seiner „Erklärung der Glaubens Sentiments“ etwa bedenklich scheinen möge. Vor allem solle er ihm, wie er handschriftlich am Rande von Zinzendorfs Brief vermerkt hatte, seine „dubia“ schreiben und sich ihm darüber „expliciren“ [erklären], was noch geschehen müsse, damit er Gnade erhalte. Am 4. April kommt Zinzendorf dann umständlich zur Sache: An Stelle des Königs wären ihm bei Gelegenheit des Bereuens der Sünden keine „Kopfhänger“ eingefallen, auch hätte er nicht nur seinen Feinden vergeben, sondern nach Matthäus V,24 zu bewerkstelligen versucht, daß diese ebenso ihm vergeben würden. Seinerseits hätte er auch keine Besserung, soviel schwachen Menschen überhaupt möglich ist, versprechen können. Sein Grundsatz wäre, daß ein Mensch allein nichts Gutes vermöge, der Heiland aber Kraft genug habe, uns nach seinem Sinne zu formen. Die Sünden seien nur unsere Strafen, ihnen könne man nicht entgehen, bis man Gnade erhalte.

Dem Brief sind „Kurze u. einfältige Gedancken von der Bekehrung, wenn man krank ist, nach den unterschiedlichen umständen darinnen man stehet“ beigefügt, die Zinzendorfs „ganzes Hertz und Sinn vom Seligwerden“ ausdrücken. Nachdem zunächst ausführlich behandelt wird, was geschieht, wenn ein „Particulier“ [Privatmann] Böses tut und auf welche Weise er Gnade erlangen kann, heißt es:

„Ists ein Regente. So ist anders nur daß die Sünden von dergl. Personen nie alleine sind, sondern von soviel 100 und 1000 menschen nachgemacht, und gemisbrauchet werden, daß ein großer Herr der dem Heiland nicht treu ist, niemals sündigt, ohne sündigen zu machen, u. also ein Lehrer der Sünde wird. mithin, wenn er Gnade kriegt hat, sich länger schämet, und mehr Zeit braucht, alles zu reddressiren [ins Reine zu bringen], was ihm nun offenbahr wird. Diese Consideration [Erwägung] macht Leute, die die Macht der Gnade nicht kennen, so schüchtern, und verzagt, daß ich einen Potentaten kenne, der mehr als einmal sagte: Es könnte kein großer Herr selig werden; u. man muß antworten Bey den Menschen ist unmöglich, aber bey Gott sind alle Dinge möglich [...] Sobald der arme Sünder, er sei ein Bettler oder Fürst, (denn das ist in der Materie eins) Gnade kriegt und annimt, so freut er sich wie ein Kind, u. ist wie im Himmel, und hat das Lamm lieb, als wenn ers da vor sich sähe [...] ich habe den Heiland, ich habe das ewige Leben, da arbeitet sichs frölich aufs Gutmachen loos, der Heiland hilfft. Alle Engel sind parat ganze Monarchien zu reinigen von den Sünden, die der selige begnadigte Sünder verursacht hat, und die keine menschliche macht heben kan. Der Regent wird ein Prediger des Evangelii durch sein allgegenwärtiges Exempel, in seinem Bezirk u. umher weit u. breit. Da ist Freude im Himmel, da wird's schön auf Erden. Da erstaunt der Sünder über die Macht der Gnade [...]“<sup>23</sup>

Dieser auf ausdrückliches Verlangen abgefaßte Brief samt mehrseitiger Anlage blieb ohne Antwort. Beide hatten sich einander zu tief offenbart, es gab nichts mehr zu sagen, wenngleich letztlich auch kein Einvernehmen bestand. Und dem König, wenn auch poesievoll in die Rechtfertigungslehre gekleidet, anzudeuten, daß es auf Erden schön werde, wenn Preußen von den Sünden seines Monarchen gereinigt würde, grenzte schon an Blasphemie. Hinzu kam, daß Zinzendorf, indem er neuerlich das Kernstück seiner Berliner Reden verkündete, sich als Lehrender der irdischen Majestät gleichgestellt, ja sich über sie erhoben hatte. Aber es war unumgänglich geworden, Gesicht zu zeigen, wobei eine solche durch hohe Geburt und Wissen bestimmte Haltung durchaus der Lebensform und Autorität des Grafen entsprach, mit der er, einem Monarchen vergleichbar, über die Seinen gebot. Wie schrieb doch der genau beobachtende von Loen: „Seine Manieren sind edel und seiner Geburt gemäß; man sieht, daß er unter hohen Standespersonen ist erzogen worden, daß er die große Welt gesehen und daß er sowohl mit Majestäten, als mit seinen Brüdern, die meistens geringe Handwercksleute sind, umzugehen weiß. [...] Er trotzet auf seinen hohen Stand, wenn man sein Lehramt angreiffet, und sucht gleichwohl jenen aufzuopfern, um dieses zu erreichen.“<sup>24</sup>

Daß sich in weniger als vier Jahren ein solches Vertrauensverhältnis beider zueinander herstellen konnte, hat mehrere Gründe. Die tiefe Religiosität des Königs, seine Bindung an den hallischen Pietismus und sein lebenslang anhaltendes Einverständnis mit dem tätigen Christentum August Hermann Franckes ließen ihn Zinzendorfs Berufung, das Evangelium in aller Welt zu predigen, verstehen und wertschätzen. Ein solches Anliegen erschien ihm grundsätzlich förderungswert, überdies entsprach es in mancherlei Hinsicht auch den politischen Interessen Preußens. Dabei waren beide im täglichen Leben keine „Kopfhänger“ und tadelten eine solche allzu bußfertige Haltung auch an pietistischen Theologen. Seinen sittlichen Rigorismus, mit dem Friedrich Wilhelm seine Umgebung formen wollte, glaubte er in der Ethik Zinzendorfs wiederzufinden, wenngleich auch dessen äußerer Lebensstil nicht dem eher puritanisch geprägten eigenen entsprach. Der unternehmende Geist des Grafen, seine praktische Tüchtigkeit und seine vorausschauenden Planungen mußten dem von nicht ruhendem Tatendrang erfüllten König gefallen. Dessen ihm fremde Weitschweifigkeit und mitunter seltsame Wortwahl erduldet er mit Langmut, da ihm seine Beharrlichkeit und Unerschrockenheit in der Sache Respekt abnötigten. Zinzendorf brauchte den König. Nicht, um etwa eine persönliche Pfründe zu erlangen oder ihn gar als Protagonisten für seine globalen reformatorischen Pläne zu benutzen. Er brauchte ihn als Schutzherrn, als jemanden, der es ermöglichte, daß seine und seiner Brüder Arbeit in Ruhe getan werden konnte. Beide, der Soldatenkönig und der Prediger der Herzensreligion, waren außerordentliche, im wohlverstandenen Sinne des Wortes merkwürdige Erscheinungen ihres Jahrhunderts. Ihre eigenwilligen Charakterzüge behinderten oftmals das gemeine Verständnis auch guter Absichten. Sie mußten manche Vorurteile ihrer Zeitgenossen ertragen, aber beide erreichten ein hochgestecktes Ziel.

## Anmerkungen

- 1 Mitte des 19. Jahrhunderts erschien im Berliner Verlag E. S. Mittler & Sohn anonym ein schmales Bändchen im Oktavformat, in welchem die Schriften von Friedrich Wilhelm I. und dem Grafen Zinzendorf aus den Jahren 1729-1740 zumeist in Auszügen oder zusammengefaßt wiedergegeben werden. Manches wird gegenüber dieser Publikation zu ergänzen und in gehörigem Zusammenhang darzustellen, anderes mehr als anderthalb Jahrhunderte später neu zu bewerten sein. König Friedrich Wilhelm I. und der Graf Zinzendorf: Nach den in dem Königl. Archive zu Berlin befindlichen Original-Schriften zusammengestellt, Berlin 1847. Nach freundlicher Mitteilung der Leiterin der Bibliothek des Preußi-



- schen Staatsarchivs, Frau Herzeleide Henning, wird auf der entsprechenden Karteikarte des alten alphabetischen Katalogs der Bibliothek des Brandenburg-Preußischen Staatsarchivs, Georg Wilhelm von Raumer, von 1843-1852 Direktor des Archivs, als Autor vermutet. Ein handschriftlicher Vermerk auf dem Deckel der Akte, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Sigle GSTA PK), I.HA, Rep.96, Nr.6 Bb, Acta, betr. den Grafen Ludwig von Zinzendorf, zitiert den Titel der Publikation. Der Name G. W. v. Raumer ist eingeklammert, durchgestrichen und mit „Götze“ überschrieben. Ob es sich möglicherweise um Dr. August Wilhelm Götze (1792-1876) handelt, zu dieser Zeit Mitglied des Staatsrates, zuständig für Justiz-, und Kultusangelegenheiten, Vizepräsident des Obertribunals, war nicht zu ermitteln. – Karl August Varnhagen van Ense, Biographische Denkmale, Fünfter Theil, Leben des Grafen Zinzendorf, Berlin 1830, gibt einzelne, damals noch nicht veröffentlichte Briefe im Wortlaut, aber nicht immer buchstabengetreu wieder.
- 2 Hermann Dalton, Daniel Ernst Jablonski, Berlin 1903; Waldek Brygier, Artikel Petr Figulus Jablonsky, in: <http://www.naszesudety.pl/figulus.htm>.
  - 3 Bericht / Von dem / Ursprung und Fortgang / der Gottseligen / Gesellschaften / in der Stadt / London / Und von derselben Vorhaben die / Besserung des Wandels zu / befördern. In Englischer Sprache herausgegeben von Josiah Woodward, Prediger zu Popler / Und zum zweyten Mahl gedruckt in London A. 1698 / Nun in deutscher Sprache herausgegeben, nebst einer Vorrede / Daniel Ernsts Jablonski, Churfl. Brandenb. Hof=Predigers. Berlin / 1700. Die Übersetzung, Jablonski spricht von einer gottseligen „mir mit Gemüth und Geblüt verwandten Person“, könnte sein älterer Bruder, Johann Theodor, vorgenommen haben, der damals Sekretär der Brandenburgischen Societät war.
  - 4 Zur Entstehung und der Wirksamkeit der SPCK siehe: Sung-Duk Lee, Der deutsche Pietismus und John Wesley, Basel 2002, S. 27f.
  - 5 Gottfried August Spangenberg, Leben des Herrn Nicolaus Ludwig Grafen und Herrn von Zinzendorf und Pottendorf, Barby 1772, in: Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Materialien und Dokumente, hrsg. von Erich Beyreuther und Gerhard Meyer, Reprint, Hildesheim 1971, S. 612.
  - 6 Joseph Theodor Müller hat ein Itinerarium Zinzendorfs, der Aufenthalte und ihrer Dauer, zusammengestellt, welches im Archiv der Brüder-Unität Herrnhut, R 20 A 21 b, aufbewahrt wird. Erich Beyreuther hat es in den Bänden II u. III seiner Zinzendorf-Biographie abgedruckt.
  - 7 General von Hallart stand zeitweilig in russischen Diensten. Das Gut Wolmarshof hatte er Anfang Mai 1725 von Katharina I. zum Geschenk erhalten.
  - 8 Martin Petzoldt, Johann Friedrich Fasch als Briefkorrespondent des Grafen Zinzendorf. Ein Beitrag zur theologischen Lokalisierung Faschs, in: Johann Friedrich Fasch (1688-1758), Wiss. Konferenz in Zerbst am 5. Dezember 1983, Konferenzbericht, Studien zur Aufführungspraxis und Interpretation von Instrumentalmusik des 18. Jahrhunderts, Heft 24, S. 32ff.; Rüdiger Pfeiffer, Johann Friedrich Fasch (1688-1758), Leben und Werk, Wilhelmshaven 1994, S. 63; Janice B. Stockigt, Fasch Visits Dresden 1726-1727: His Liturgical Works for the Chatolic Court Church of Dresden, in: Das Wirken des Anhalt-Zerbster Hofkapellmeisters Johann Friedrich Fasch für auswärtige Hofkapellen, Konferenzbericht, Dessau 2001, S. 29ff.
  - 9 GSTA PK, I.HA, Rep.96, Nr.6 Bb. 1729-1740, Acta, betr. den Grafen Ludwig von Zinzendorf. Der Brief vom 18. September 1736 wurde „auff der Rückreise aus Liefland in Litthauen“ abgesandt. Spangenberg, a.a.O., S. 993 und Varnhagen van Ense, a.a.O., S. 230 geben Memel als Absendeort an. Der nachfolgend benutzte Briefwechsel zwischen Friedrich Wilhelm I. und Zinzendorf sowie dem Hofprediger Jablonski ist ebenfalls in diesem Konvolut enthalten. Zitate werden in der Orthographie der Schreiber wiedergegeben. Lediglich die „Faulheitsstriche“ über den Konsonanten m und n wurden, so vorhanden, durch Verdoppelung der Buchstaben ersetzt.
  - 10 Zu Leopold Anton Freiherr von Firmian siehe: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Band II, (1990), Sp. 36-38; GSTA PK, II.HA, Generaldirektorium Ostpreußen II, Nr.1150; GSTA PK, I.HA, Rep.11, Salzburg, Nr.233a, Fasc. 2; Gerhard Floray, Geschichte der Salzburger Protestanten und ihrer Emigration 1731/32, Wien usw. 1977.
  - 11 Nach seinem Verständnis galt es, im Sinne von Johannes 11,52 die „verstreuten Kinder Gottes“, die wahren Christen in allen Völkern zu sammeln. Über die Zusammenhänge zwischen Zinzendorf und der philadelphischen Gemeinde siehe: Sigurd Nielsen, Der Toleranzgedanke bei Zinzendorf, Hamburg [1952].
  - 12 Spangenberg, a.a.O., S. 997; der auch von Erich Beyreuther in: Zinzendorf und die Christenheit, 1732-1760, Marburg 1961, S. 142 erwähnte Brief vom 18. Juni 1736 an Friedrich Wilhelm I. ist in dem entspre-

- chenden Konvolut GSTA PK, I.HA, Rep.96, Nr.6 Bb nicht aufzufinden. Der anonyme Autor der Zusammenstellung von 1847 vermerkt bereits sein Fehlen im Archiv.
- 13 Immerhin hatte der Brief bewirkt, daß der Generalauditeur Christoph von Katsch am 3. April 1729 die Order erhielt, für bessere Lebensbedingungen Tuchfelds in der Charité zu sorgen: GSTA PK, I.HA, Rep.96 B, „Minüten“, Nr. 2.
  - 14 GSTA PK, II.HA, Generaldirektorium Ostpreußen II, Nrn.7878 und 7879.
  - 15 Spangenberg, a.a.O., S. 996.
  - 16 Beyreuther, a.a.O., S. 143, zitiert diese Stelle aus dem Brüderhausdiarium vom 8. 2. 1747.
  - 17 GSTA PK, II.HA, Generaldirektion Ostpreußen II, Nrn.1242, 1243, 1244.
  - 18 Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Erg.-Bd. 8, Büdingsche Sammlung, Bd. 2, Reprint Hildesheim 1965, S. 126. Zinzendorf nennt die Buchstaben R. und A. sowie E, was für die Prediger in Cölln, Johann Gustav Reinbeck und Gottlieb August Astmann, sowie für Otto Flesche, Prediger auf der Friedrichsstadt stehen könnte.
  - 19 Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Hauptschriften, hrsg. von Erich Beyreuther und Gerhard Meyer, Bd. 1, Des Ordinarii Fratrum Berlinische Reden, London und Barby 1758, Reprint Hildesheim 1962, S. XIX.
  - 20 Johann Michael von Loen, Gesammelte Kleine Schriften, Band I, Abbildung des Grafens von Zinzendorf im Jahr 1737, Reprint Frankfurt am Main 1972, S. 293. Siehe auch die Briefe an Herrn von Zoller, Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Reihe 2,15, Antizinzendoriana 2, hrsg. von Erich Beyreuther, Reprint Hildesheim 1982, S.370ff.
  - 21 GSTA PK, II.HA, Generaldirektion - Kurmark, Tit.LXI, Sekt.d, Nr.1. Diesem Aktenkonvolut sind auch die nachfolgenden Angaben entnommen. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte von Rixdorf hat Johannes Schultze in: Rixdorf - Neukölln, hrsg. vom Bezirksamt Neukölln, 1960, gegeben.
  - 22 Das Schreiben ist nach einer ausführlichen handschriftlichen Notiz des Königs auf dem Brief Zinzendorfs vom 24. Februar 1740 ausgefertigt worden.
  - 23 Spangenberg, a.a.O., S. 1234 gibt die Anlage mit Auslassungen und z. T. in der Wortwahl verändert wieder. Varnhagen folgt im wesentlichen der Lesart Spangenbergs. Der Anonymus zitiert in Auszügen nach den Akten.
  - 24 Loen, a.a.O., S.292; Loen stellte Zinzendorf am 8. Oktober 1737 in den Frankfurterischen gelehrten Zeitungen einige Fragen zur Liturgie und zu besonderen Bräuchen der Herrnhuter, die von Zinzendorf im Januar 1738 beantwortet wurden; siehe auch Büdingsche Sammlung, Bd. I, S.320ff.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Werner Rackwitz, Straße 39 Nr. 33, 13129 Berlin

## Rezensionen und Ausstellungen

**Werner T. Angress: Immer etwas abseits. Jugenderinnerungen eines jüdischen Berliners 1920-1945**, Edition Hentrich, Berlin 2005, 335 Seiten, Euro 24,00

„Wir waren eine komplexe große Familie. . . Beide Elternteile kamen aus einem für viele deutsche Juden damals recht typischen gesellschaftlichen Milieu, nämlich dem . . . soliden Mittelstand . . . sehr bourgeois, sehr preußisch, . . . repräsentativ für viele andere Juden“ im Berlin der Weimarer Zeit (S. 7). Der Satz zielt auf ein Grundthema von Angress, nämlich Ausgrenzung der Juden durch das NS-Regime ab 1933, Entmutigung der Assimilanten, „an einer Zukunft in Deutschland festzuhalten. Juden, die ihr Deutschtum so stark betonten“, waren jetzt staatlich unerwünscht (S.115).

Der 1920 geborene Angress, der mit den Eltern und zwei Brüdern 1937 ins Exil getrieben wurde, ab 1939 in den USA lebte, Europa 1944 als US-Soldat wiedersah, lebt seit 1988 wieder in Berlin. Er studierte ab 1945 in den USA, wurde Professor für Neuere Europäische und Deutsche Geschichte und lehrte 34 Jahre in Berkeley und New York. Seine Jugenderinnerungen sind von der sachlichen Methodik seines Faches geprägt und überzeugen doch zugleich durch persönliche Sicht und unkonventionelle Urteilskraft. Die Fülle von Details aus Familie und Schule, aus der Zeit der Ausbildung und später des Exils und Kriegsdienstes wird dank der lebenslangen Übung des Tagebuch- bzw.

Briefschreibens authentisch dargestellt. Dazu und zur Bewahrung der Dokumente finden sich im Buch die Einzelheiten.

Lebendige Schilderungen der Kindheit, der Einschulung in Charlottenburg-Westend – 27. Gemeindeschule Kastanienallee –, der Schulzeit bis 1936 geben nuancenreiche Einblicke in jüdische und nichtjüdische bürgerliche Lebensumstände. Das Scheunenviertel der Ostjuden, schreibt Angress, kannte er nicht, er selbst sei übrigens von Kindheit an gegenüber der Religion distanziert gewesen. Von Westend zog die Familie 1932 nach Lichterfelde-West, der 12jährige kam vom Herder-Gymnasium in das Lichterfelder-Realgymnasium. Ab 1933 erlebte Angress die „Absonderung“ (S. 66) und fragt sich, wie Lehrer, Autoritätspersonen, Gebildete jetzt an der Demütigung eines Schülers, des einzigen Juden der Klasse, Gefallen finden konnten. Als Mitglied von Vereinen – im Makkabi (jüdischer Sportverein) und im nichtzionistischen Jugendbund „Schwarzes Fähnlein“ – fühlte sich der Heranwachsende akzeptiert, erlebte Freundschaften und Pfadfinder-Romantik.

Nach den Nürnberger Rassegesetzen im September 1935 erkennt die Familie – der Vater ist im Bankwesen tätig –, dass sich die objektive Lage dramatisch verändert. Angress ging im Mai 1936 vom Gymnasium weg als Lehrling in das Auswandererlehrgut Groß Breesen (Schlesien), die einzige nichtzionistische Landwirtschaftsschule, die Jungen und Mädchen für die Auswanderung nach Übersee, jedoch nicht nach Palästina, ausbildete. Hier blieb Angress bis Oktober 1937. Seine Studie „Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im III. Reich“ (Hamburg 1985) widmet dieser Schule ein ganzes Kapitel. Für ihn war es eine prägende Phase, wegen schätzenswerter Lehrer und vieler Freundschaften; auch weil die Emigration 1939 durch das Groß Breesener Netzwerk möglich wurde. Trotz der objektiven Not der Zeit erzählt der Autor amüsant; ohne Selbstmitleid und ohne Eitelkeit weist er auf konstruktive Momente, auf Weichenstellungen für sein späteres Leben eher als auf das erlittene bittere Unrecht hin. Dasselbe gilt auch für die Darstellung des Exils in Holland und England; die ganze Familie war seit Herbst 1937 exiliert, die Zukunft ungewiss.

Angress floh im Herbst 1939 in die USA, gelangte zunächst auf eine Farm zu anderen Flüchtlingen. 1941 ging er als Freiwilliger zur Armee und kam via England am D-Day (6. Juni 1944) mit dem Fallschirm abspringend auf den Kontinent zurück. Bis Kriegsende im Mai 1945 war er Sergeant und verhörte deutsche Kriegsgefangene. Hier muss der Leser aufpassen, die Erinnerungen nicht mit einem Abenteuerroman zu verwechseln. Angress hilft ihm dabei durch seine unbeirrbar menschliche Haltung und kritische Wachsamkeit. Er fragt sich angesichts der Verhöre: „Habe ich diese Gefangenen gehasst?“; sie waren doch Hitlers Soldaten. Er sagt nein, hatte eher Mitleid, als sie entwaffnet und hilflos vor ihm standen (S. 279). Das Kriegsende, zu dem er selbst als GI beitrug, empfand er als Geschenk. Er ging in die USA zurück.

Die Mutter und die zwei jüngeren Brüder überlebten im Versteck in Holland; der Vater wurde in Auschwitz ermordet.

Aus diesem Buch können Jüngere und Ältere – außer dem wichtigsten „Nie wieder“ – auch viel anderes über die Alltagsgeschichte unter der NS-Herrschaft lernen. Die genauen und hervorragend geschriebenen Erinnerungen lesen sich spannend und sind immer informativ. *Hedwig Wingle*

**Reinhard E. Fischer: Die Ortsnamen der Länder Brandenburg und Berlin.** Alter – Herkunft – Bedeutung, be.bra wissenschaft Verlag, Berlin 2005, 222 Seiten, Euro 22,90

Dieses im Auftrag der Brandenburgischen Historischen Kommission herausgegebene Buch ist viel mehr als nur ein „Nachschlagewerk“. Ungemein spannend und kenntnisreich vermittelt das Kompendium namenkundliche Forschungsergebnisse über 3897 Städte, Gemeinden und Wüstungen in den Bundesländern Berlin und Brandenburg. Alphabetisch von Abbendorf bis Zwischendeich erfährt der Leser in knappen Stichworten die Herkunft des Namens, erste Erwähnung, evt. Umbenennungen; in einigen Fällen werden auch historische Hintergründe – allerdings äußerst knapp – benannt, wenn sie für die Namensbildung von wesentlicher Bedeutung waren. In vielen Fällen würde man gerne mehr über die sprachlich-kulturellen Zusammenhänge erfahren als der Autor in den meist wenigen Lexikonzeilen preisgibt. Hilfreich ist deshalb der jeweilige Verweis auf die Namenbücher und weitere Forschungsliteratur. Wollte man die idealtypische Namensherkunft in unserer Region bilden, so wird

den Kenner das Ergebnis nicht überraschen: In der weit überwiegenden Zahl der Fälle liegt ein slawischer Ursprung des Gelände- oder Flurnamens vor. Die restlichen Namen aber laden zum Schmökern und weiterem Nachdenken ein, seien es nun Orte wie Mückendorf („1474 Muckendorff, „Dorf, in dem es viele Mücken gibt“) oder Rummelsburg („1775 Wirtshausname nach dem Weinhändler Rummel, der im 1. Drittel des 18. Jhs. die Meierei Charlottenhof erworben und ein Wirtshaus errichtet hatte“). Eine kleine Namenskunde und Hinweise zur Aussprache sowie Betonung runden den Band ab, dem der Autor zudem eine Liste der Umbenennungen beigibt. Die größte Zahl amtlicher Änderungen gab es demnach in den Jahren 1936-1938: Nowawes hieß nun Babelsberg, Wendisch Rietz wurde zu Märkisch Rietz. Ab 1939 galten im „wehrpolitischen Interesse“ (die fällige Berichtigung des Kartenwerks hätte mit den Kriegsvorbereitungen kollidiert) die „aus nationalpolitischen Gründen eingeleiteten Verfahren zur Änderung von Orts- und Flurnamen nunmehr als abgeschlossen“ (so der Regierungspräsident von Frankfurt/Oder). Ähnlich ideologisch motiviert, wenn auch in der Zahl der Änderungen geringer, wurde 1949-1951 umbenannt: Aus Königshorst wird Friedenshorst (und 1991 wieder Königshorst), Neuhardenberg wird Marxwalde (und 1991 Neuhardenberg), Arnimshain wird Buchenhain usw. Aber Namensänderungen waren nicht immer politisch begründet, und nicht immer haben sie den Orten genützt: 1905 wurde aus dem inzwischen sprichwörtlichen Dalldorf das ersehnte neutrale Wittenau – die Anstalt aber gibt es dort immer noch. Namen seien „Schall und Rauch“ sagt der Volksmund; demgegenüber zeigt dieser Band, wie viel Geschichte(n) sie über ihren Träger offenbaren.

*Wolther von Kieseritzky*

**Jan Eik: Die schwarze Dorothea. Kurfürst in Gefahr.** Historischer Krimi, berlin.krimi verlag im be.bra Verlag, Berlin 2005, 247 Seiten, Euro 9,90

Die Tage werden dunkler, die Abende länger, Schnee und Sturm peitschen ums Gemäuer – da mag sich der eine oder andere mit einer bedrohlichen Geschichte ins Berlins des Großen Kurfürsten versetzen lassen. Eine Tasse heißen Tees sei während der Lektüre nicht empfohlen, denn man weiß ja nie...und genau darum geht es hier: um die als Giftmischerin verdächtige Kurfürstin Dorothea. Der nach ihr benannte Stadtteil war damals gerade erst im Entstehen, weshalb der Roman in den Gassen Cöllns zwischen Hausvogtei und Residenz spielt. Man erfährt – einem historischen Roman entsprechend – einiges über den Alltag der wachsenden Residenzstadt; natürlich fehlt der sprichwörtliche Berliner Straßendreck nicht, und auch die gerade zugewanderten Hugenotten betreten die Bühne. Am Ende ist der Kurfürst tot und sein dritter Sohn aus erster Ehe, später der erste König in Preußen, kann – zur Verärgerung der Kurfürstin – in Berlin resp. Cölln die Nachfolge antreten. Vom Inhalt sei nicht mehr verraten; geschrieben ist dies beschaulich, mit einem Ende, das Fragen offen läßt. Historisch betrachtet offenbart das Büchlein über die Berliner Geschichte allerdings genauso wenig wie die ZDF-Filme des Guido Knopp über die deutsche Geschichte. Im Gegensatz zu letzterem stiftet der Krimi aber zumindest keinen Schaden, und deshalb – wie gesagt: der Regen schlägt an die Scheiben, der Wind heult...

*Wolther von Kieseritzky*

**Ausstellung: „Die Kaiser und die Macht der Medien“.** Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel; bis 17. April 2006; Di-So 11-17 Uhr; Eintritt 5 €, ermäßigt 4 €; Audioguide ist im Eintrittsgeld enthalten und leicht zu handhaben; Katalog 18 €.

Wilhelm II. war der erste deutsche Kinostar; er wurde häufiger gefilmt als jede andere Person der damaligen Zeit. Er lernte schnell, sich vor der Kamera zu bewegen und ließ sich bei Paraden, Denkmalenthüllungen und Staatsbesuchen filmen. Die historischen Beispiele für die professionelle Mediennutzung der Hohenzollern werden in den sechs Schauräumen anhand einer Vielzahl unterschiedlicher, zum Teil auch sehr privater Belege aus den Bereichen Malerei, Skulptur, Museum und Photographie präsentiert. Dazu gehören etwa im ersten – Kaiser Wilhelm I. gewidmeten – Raum (Hohenzollern-Museum) Handschuhe und Weste, die der Kaiser beim Attentat am 2. Juni 1878 trug, oder Königin Luises Petschaft-Sammlung (Siegel) und die Totenmaske Friedrichs des Großen. Letztere wurde dem König am 17. August 1786 von Johann Eckstein abgenommen, das Original-Negativ ist leider verloren.

Mit der gezielten Erinnerung an die populären Vertreter der Monarchie wollte Wilhelm II. das gefährdete Charisma der Hohenzollern wieder bestärken. Beispiel dafür sind die über 350 Denkmale und Reiterstandbilder, die nach 1890 für seinen zum „Reichsgründer“ überhöhten Großvater Wilhelm I. errichtet wurden – bis hin zum großen Nationaldenkmal in Berlin, das nach einer nur leichten Kriegsbeschädigung 1949-51 von der DDR abgerissen wurde. Erhalten sind heute noch die vier Löwen vom Sockel des Reiterstandbildes, die sich im Tierpark Friedrichsfelde vor dem Alfred-Brehm-Haus befinden.

Welche Bedeutung die Malerei als Medium besaß, zeigt die Ausstellung mit Anton von Werners Ölgemälde „Die Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des Berliner Schlosses durch Wilhelm II.“, zu dem sich benutzerfreundlich zahlreiche weitere Informationen abrufen lassen. Eine entscheidende Rolle für die Darstellung und Selbstdarstellung der Monarchie gewannen die neuen Medien Film und Fotografie: Einweihungen, Paraden und Manöver waren den Kaisern für ihre Inszenierung auf Fotografien besonders wichtig, allein unter Wilhelm I. gab es 120 Hoffotografen. Die Erfindung der „Kilometerphotographie“ 1895 gab den Anstoß für zahlreiche Abzüge und Postkarten der kaiserlichen Familienmitglieder zu propagandistischen Zwecken; selbst Fotomontagen sind keine Erfindung der letzten Jahrzehnte. Persönliches – so die Idee – sollte gleichrangig mit Politischem behandelt werden; beispielsweise förderte Wilhelm II. den Film „Die Königin Luise in 50 Bildern für jung und alt“, nicht zu unrecht überzeugt davon, dass die „Liebe zu Luise beim Betrachter auch Zuneigung zur Dynastie“ hervorrufen werde.

Insgesamt gibt die Ausstellung einen vielfältigen Eindruck vom Einsatz der Medien und ihrer politischen Verwertung zum Wohle der Monarchie. Allerdings hätte ich mir eine feinere Herausarbeitung der Instrumentalisierung der Medien, zum Beispiel aus Sicht der Bevölkerung, gewünscht.

Swantje Rohde

## Aus dem Verein

### Markgrafschaft Bayreuth

#### Studienfahrt des Vereins für die Geschichte Berlins vom 16. bis 18. September 2005

Zur Einstimmung lief im Bus der eindrucksvolle UFA-Film „Der Vater“ mit Emil Jannings in der Hauptrolle. Jeder Augenblick Preußen, nicht geliebt, aber verehrt. Eine kurze Episode sagt vielleicht mehr als lange Episteln: Friedrich Wilhelm I., als frommer Mann bekannt, konnte sehr drastisch seinem Willen Ausdruck verleihen: „Und hier ein Geschenk für den Pfaffen“, sagte es und hielt ein Stundenglas in der Hand: „Merke er sich, Sand raus, Predigt aus.“

Bayreuth, die Perle des Frankenlandes, verdankt die heutige Popularität vorrangig der Schwester des großen Friedrich: Wilhelmine, Prinzessin *royale de Prusse*, wie sie sich selbst nannte. Von Markgräfin keine Spur. Aufgewachsen in der strengen Obhut ihres puritanischen Vaters, des Soldatenkönigs, wie sie selbst in ihren Memoiren schreibt, konnte sie sich hier – nicht immer zur Freude ihrer Untertanen – verwirklichen. Ob nun das Neue Schloß oder das Opernhaus, die ihre Handschrift tragen, mußten alle Neubauten über zusätzliche Abgaben finanziert werden. Letzteres entsprach so genau der Muse der Musik, die seinerzeit ihr Bruder Fritz an ihr zu schätzen wußte. Im Gegensatz zu der schlichten, aber sauberen Führung des Hofes in Berlin, erwartete sie hier in Bayreuth eine verstaubte ungewohnte Atmosphäre. Zu stolz, den großen Bruder um Hilfe zu bitten, vertraute sie auf ihre eigenen Fähigkeiten und hatte Erfolg.

Aus dem Dornröschenschlaf erwacht, war es später Richard Wagner, der, unterstützt und gefördert von seinem königlichen Freund, Ludwig II. von Bayern, die Stadt mit seinem Opernhaus unsterblich machte – und die es heute noch dank der Familientradition schafft,

Kunst und Politik am Ort des Geschehens zu versammeln. Davon zeugt auch das Haus Wahnfried mit dem Grab des großen Komponisten im Park inmitten der Stadt.

Wenn die Stadtväter von Bayreuth aufzählen, was Rang und Namen hat, dann muß auch die Loge erwähnt werden, die sich ja der zeitweiligen Mitgliedschaft des großen Königs erfreute und heute nach der Zwangspause im „Dritten Reich“ in ihrem Tempel regelmäßig zu Treffen der Bruderschaft lädt.

Das Hotel „Goldener Anker“, erstes Haus am Ort mit mehr als 200jähriger Familientradition, vermittelt mit dem barocken Interieur und der Bedienung in ebensolcher Livree einen gepflegten Eindruck. Der Gast fühlt sich zeitversetzt, schon Theater oder doch Wirklichkeit, auf jeden Fall ein Novum im sonst postmodernen Einerlei.

Vom Schloßsturm öffnet sich dem Besucher nicht nur der Blick auf die Stadt, sondern weit in das angrenzende Frankenland. Sanfte Täler und Wälder wechselten einander ab, eben eine Landschaft, die Wagner inspirierte, Träume zu verwirklichen. Ob nun die heute katholische Kirche mit der Traubenmadonna und der Krypta mit den Särgen der Markgrafen – zu Preußens Zeiten hatten die Katholiken keine eigene Kirche – oder der Neubau des Schlosses, das nach dem Brand von 1753 errichtet wurde, immer und überall ist der Einfluß der Wilhelmine zu erkennen. Interessant die Gestaltung der Schlafräume, des Spiegelscherbenkabinetts und des Musikzimmers.

Besonderer Beliebtheit erfreut sich Maisel´s Brauerei mit dem angeschlossenen Büttner-Museum, dessen Besichtigung zur Pflicht gehört. Der Rundgang durch die Braukunst vergangener Zeit ist ein außergewöhnliches Erlebnis. Allein die aus aller Welt zusammengetragenen Biergläser lassen erkennen, daß dieses flüssige Nahrungsmittel sich überall auf dem Erdenrund einer großen Gemeinde erfreut. Am Ende des Rundgangs lockt im zünftigen Braustüberl Maisel´s Weiße. Das gemeinsame Abendessen im Büttner-Museum beschließt den ersten Abend in der fremden Stadt.

Am Sonnentempel des Neuen Schlosses Eremitage, das sich über den Bogengängen mit marmornen Gestalten der römischen Geschichte als symbolhafter Ausdruck der Macht schmückt, vorbei, öffnen sich dem Blick herrliche Parkanlagen, Heckenquartiere und Laubgänge. Eine Brunnenanlage, das Ruinentheater und die Untere Grotte runden das einzigartige Ensemble ab. Hier, so wird berichtet, schrieb in der Ruhe und Abgeschlossenheit Wilhelmine ihre Memoiren.

Viele Worte sind der französischen Sprache entlehnt, was durchaus dem damaligen Zeitgeschmack entsprach. So also auch das Wort Eremitage, das abgeleitet Eremit und Einsiedelei beinhaltet und zugleich mit Mystik einhergeht. Aber es öffneten sich auch zwei Wege: Als Mönch in Klausur durch Wasser zu Wissen und Erkenntnis zu gelangen und als Frau über die Musik sich den Himmel zu erobern. Das war durchaus ernst gemeint, zeugen doch die spartanisch ausgestatteten Remter vom geradezu klösterlichen Leben. Die Wasserspiele in der unteren Grotte, die nicht nur im Reigen tanzen, sondern sogar eine Krone heben, waren dann unter den Gartenanlagen des 18. Jhs. eine Besonderheit. Dagegen konnte und wurde in den Heckenquartieren gejagt. zwischen den Gängen aufgehängte Lappen sollten das Wild am Durchlauf hindern und in die Schußlinie der Jäger zwingen., Geling doch einem Hirsch die Flucht durch diese Absperrung, war das Wild durch die Lappen gegangen.

In der bildhaften Darstellung der Putten wiederholten sich die vier Jahreszeiten und die Elemente Wasser, Erde, Luft und Feuer. ebenso gehörte die Chinoiserie zum gehobenen Stand, öffnete sie doch die Weisheiten des Taoismus. Wer aber würde schon vermuten,

daß das Kamel für den Begriff der Weisheit erhalten muß. Nun, auf Hebräisch heißt es Kamel = Gimmel, und das ist der dritte Buchstabe des hebräischen Alphabets, der für Weisheit steht.

In dem Einführungsvortrag zu Georg Friedrich Händels Oper „Amadigi di Gaula“ wird das wertere Publikum schonend darauf vorbereitet, daß auch dieses Kleinod sich der Moderne zu beugen hat. So sollen Lichteffekte und über den Computer gesteuerte Bildelemente den Zuschauer vergessen machen, daß es praktisch kein Bühnenbild gibt. Auf eine mitlaufende Computerschrift, die die in italienischer Sprache gesungenen Texte übersetzt, wolle man aber als störendes Element verzichten. Also auch hier. Warum überhaupt noch Oper? Ein Konzert mit auftretenden Solosängern nebst Chor erfüllt doch den gleichen Zweck – die Philharmonie in Berlin praktiziert es ja bereits.

Das barocke Markgräfliche Opernhaus aus dem 18. Jh. trägt eindeutig italienische Handschrift, strahlt Würde aus und öffnet der Romantik Tür und Tor. Die Allegorien der Macht im Theaterraum stehen nicht im Kontrast zu den verspielten Leuchtern, symbolisieren aber den Herrschaftsanspruch, den die Markgräfin königlichen Geblüts für sich reklamierte. Insgesamt eine heitere Atmosphäre, ein Augenschmaus, der heute im Allgemeinen nur noch im Museum geboten wird. Hier aber Wirklichkeit und dazu die romantische Musik von Händel zu einer Liebesromanze aus dem Reich der Zauberei. Wie im Märchen überwindet die Liebe zweier Menschen alle Mächte der Finsternis, öffnet aber der Weg zum eigenen Glück über den Tod des Freundes und der Hexe. Ein musikalisches Erlebnis voller Dramatik und Leidenschaft. Dazu das eigenwillige Spiel der Farben, die die Handlung emotional unterstreichen sollten. Doch ein Genuß, wenngleich leichte Zweifel an der Rechtfertigung der Regie bleiben.

Der Abend klingt mit einem Glase Rotwein an einem winzigen Tischchen im „Goldenen Anker“ aus. Die Gedanken aber sind noch beschwingt von der unsterblichen Musik. Dieser schöne Tag ist unser 45. Hochzeitstag. Schöner und einfühlsamer kann dieser Augenblick wohl kaum gestaltet werden. Und an unserem Tisch unserer Freundin Rosemarie, die den Gedankenaustausch mit uns teilt.

Wer sich für Gartenbaukunst interessiert, findet im Schloß Fantaisie alles, was das Herz begehrt und was die Sinne betört. Die schönsten Parkanlagen, die je gestaltet wurden, sind hier dokumentiert und im Bild dargestellt. Elemente des Rokoko sind ebenso zu finden wie Skulpturen und Vasen, die die Parkanlagen verschönten. Nicht zu vergessen der Blick in das Spindler-Kabinett mit Phantasien fremder Kulturen. Aber auch der Schloßpark selbst lädt mit seinem See und den Kaskaden zum Lustwandeln ein. „C'est sans pareil“ – das ist „ohnegleichen“ fürwahr. Ein Morgenländischer Bau, geschaffen zur Muße für die Herren des Hofes auf der einen Seite und für die Damen auf der anderen Seite. Gespeist wurde im Entree das, was im Küchenbau – heute Restaurant – gegenüber an Köstlichkeiten zubereitet wurde. Die ungewöhnlich wild romantische Landschaft – geschaffen von der Natur – bot selbstverständlich Gelegenheit, diese durch ein Ruinentheater zu ergänzen. Wer die Augen schließt und ein wenig träumt, vermag sich Elfen und Geister vorzustellen, die über die Bühne schweben. Von dem Turm der nahe gelegenen Burg Zwernitz schaut man weit über Täler und Höhen. Auch der Blick ins Innere wird belohnt mit einer Sammlung alter Hieb- und Stichwaffen.

Ein würdiger Abschluß einer Reise in die gelebte Vergangenheit und Kultur einer anderen Epoche und die Erkenntnis, daß uns, den Bürgern, diese Kleinodien heute offen stehen.

*Heinz-Eberhard Kuhn*

## Aus Archiv und Bibliothek

Unser Vereinsarchivar Heinz Siewert – seit 1986 Mitglied des Vereins und gleichzeitig in dieser Funktion tätig – hat aus familiären Gründen seinen Wohnsitz nach Schleswig-Holstein verlegt. Er bleibt uns zwar als Vereinsmitglied erhalten, kann aber nicht mehr seine ehrenamtliche Tätigkeit bei uns ausüben. Durch seine Arbeit im Landesarchiv seit 1950 war er die ideale Besetzung für unsere Sammlung der Karten und Pläne. Dank seiner Beziehungen wurde der Bestand stetig vermehrt.

Seit dem 21. September ist Herr Detlev Schibath, Dipl.- Ing. der Kartographie, für unsere Karten- und Plansammlung zuständig. Falls Sie sich von Kartenmaterial trennen wollen, rufen Sie bitte an einem Mittwoch in der Bibliothek an; wir holen auch kleinere Bestände ab (Tel.: 90 22 64 49).

Das Vereinsarchiv wird bis auf weiters von den Bibliotheksmitarbeitern Funke und Mende betreut.

*Martin Mende*

Sehr erfreulich ist, daß die Buchbestände in unserer Bibliothek weiter wachsen. Um mehr Platz in den Regalen zu erhalten, gibt der Verein nicht mehr benötigte Bände ab. Konkret handelt es sich derzeit um den „Almanach“ und die „Jahresberichte der Bundesregierung“, die bei uns seit 1968 bzw. 1969 fast komplett vorliegen. Wer daran Interesse hat, möchte sich bitte möglichst bald in der Bibliothek melden.

## Neuigkeiten vom Internetteam

Unser Internetteam ist kleiner geworden: Herr Holtz hat sich aus gesundheitlichen Gründen aus dem Internetteam zurückgezogen, Frau Dr. Gerhild H.M. Komander hat zu unserem Bedauern ihre Arbeit in unserem Team aufgekündigt. Wir bedanken uns bei Herrn Holtz für die geleistete Arbeit und besonders bei Frau Dr. Komander für ihr großes Engagement und die umfangreichen Arbeiten bei der Umstellung und der Erweiterung der so erfolgreichen Internetpräsenz des Vereins in unserem 140. Vereinjahr.

Da das Forum mit Fragen, die nicht zum geschichtlichen Themenkreis gerechnet werden konnten, belastet wurde, hat Herr Feenders es auf Wunsch des Vorstandes in seiner Struktur völlig neu gestaltet. Die Betreuung durch Moderatoren (Herr Borchardt, Herr Feenders, Herr Kluge) stellt nun sicher, dass im Forum tatsächlich nur Berlinspezifische Geschichtsfragen, Hinweise und Tipps erscheinen. Fragen, die den Vorstand des Vereins oder die Vereinsarbeit betreffen, können über die bekannten E-Mail Adressen direkt gestellt werden.

Wir wollen die Fülle des auf unserer Homepage abrufbaren Materials weiter vervollständigen, wollen auch die noch bestehenden Lücken füllen und rufen deshalb alle Mitglieder des Vereins auf, sich aktiv im Forum zu beteiligen; denn Ihre Fragen und Antworten sind wichtige Informationen.

Sollten Sie darüber hinaus Interesse an der Mitarbeit an unserer Website bzw. im Internetteam haben, schreiben Sie uns eine E-Mail an [redaktion@diegeschichteBerlins.de](mailto:redaktion@diegeschichteBerlins.de). Ihr Wissen und Ihre Beiträge sind gefragt!

Nach dem großen Erfolg unserer ersten Vorstellung am 26. Januar 2005 möchten wir



Ihnen ein weiteres Mal unsere Website präsentieren. Unser Webmaster Herr Feenders wird – insbesondere auch für die nicht mit Internetzugang ausgestatteten Mitglieder und unseren neuen Mitglieder – die einzelnen Bereiche der Internetseiten vorstellen, einen Einblick „hinter die Kulissen“ bieten und die aktuellen Besucherzahlen unserer Webseiten vorstellen (Termin: 5. April 2006, siehe Veranstaltungen).

*Peter Borchardt, Jörg Kluge, Doris Tüsselmann*

Wir freuen uns über unsere neuen Mitglieder:

Gabriele und Norbert Finke, Angestellte  
Charlottenbrunner Str. 8  
14193 Berlin, Tel. 825 36 97

Rudolf Gorisch, Bibliothekar  
Kraetkestr. 25  
10315 Berlin, Tel. 529 46 29

Prof. Dr. Klaus Harnack, Arzt i.R.  
Karl-Marx-Allee 6  
10178 Berlin, Tel. 241 04 04

Herlinde Janus  
Preysingstr. 77  
12249 Berlin

Sabrina Kimmel, Studentin  
Munsterdamm 47  
12169 Berlin, Tel. 797 84 848

Sophia und Michael Kümpers, Bankfachwirtin,  
Bankkaufmann  
Birkenweg 8  
14624 Dallgow-Döberitz, Tel. 033201/21658

Antonia Meiners, Lektorin/Autorin  
Nauheimer Str. 41  
14197 Berlin, Tel. 824 32 17

Michael Ritz, Rechtsanwalt  
Herderstr. 6  
10625 Berlin, Tel. 315 08 124

Ingetraud und Ehrhard Schupke  
Meyerweg 52  
13591 Berlin, Tel. 367 92 54

Konrad W. Sprai  
Dernburgerstr. 55  
14057 Berlin

Frank Werdermann  
Sperlingsgasse 1  
10178 Berlin, Tel. 206 73 987

Diesem Heft liegt ein Überweisungsformular bei. Es soll sie daran erinnern, Anfang des kommenden Jahres Ihren Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Es wäre im Sinne der Finanzverwaltung des Vereins, wenn sie mir dadurch eine Aufforderung Ende des Jahres ersparen würden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr.

*Ihr Schatzmeister Henning Nause*

Liebe Leserinnen und Leser,

allen Mitgliedern des Vereins für die Geschichte Berlins und allen der Berliner Geschichte Zugeneigten wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Start ins Neue Jahr und einen glücklichen und friedlichen Verlauf 2006.

Den vielen Autoren, die mit ihren Beiträgen die „Mitteilungen“ auch in diesem Jahr wieder zu einem Kompendium der Berliner (und brandenburgisch-preußischen) Geschichte werden ließen, danke ich für Ihr Engagement. Nur durch Sie werden unsere „Mitteilungen“ zu einem lebendigen Forum der Auseinandersetzung mit der „ganzen“ Geschichte der Stadt – aller Facetten ihrer sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung von der Entstehung bis zur unmittelbaren Gegenwart!

Seit ich im Sommer die Schriftleitung der Zeitschrift übernommen habe, erreichen mich immer wieder Anregungen und Vorschläge zur Themenwahl und Gestaltung. Ich danke Ihnen dafür und erhoffe mir Ihre konstruktive Begleitung auch für die Zukunft. Wenn Sie einen Beitrag oder Artikel planen, ein Buch oder eine Ausstellung besprechen wollen, wenden Sie sich bitte an mich – ich freue mich darüber ebenso wie über Diskussionsbeiträge zu den bei uns erörterten Themen. Lassen Sie uns gemeinsam die „Mitteilungen“ als Kommunikationsort zur Berliner Geschichte bewahren und fördern – nunmehr bereits im 102. Lebensjahr. In diesem Sinne wünscht Ihnen ein anregendes Jahr

*Ihr Wolther von Kieseritzky*

## Verein für die Geschichte Berlins e.V. - Gegründet 1865

Am 9. November 2005 wurde unsere Alt-Korporation von 1865 in das Vereinsregister eingetragen. Wir sind damit von sofort an ein eingetragener Verein, ein „e.V.“. Diese Eintragung war aufgrund einer Gesetzesänderung notwendig geworden. Zu diesem Zweck hatten wir auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Jahres 2004 drei vom Amtsgericht gewünschte Satzungsänderungen beschlossen. Wenige Tage vor der ordentlichen Mitgliederversammlung des Jahres 2005 erreichte uns die Mitteilung des Amtsgerichts Charlottenburg, dass eine versehentlich übersehene weitere Änderung der Satzung notwendig sei. Diese Änderung wurde von der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 26. September 2005 beschlossen.

Im Zusammenhang dieser Satzungsänderungen wurde von Mitgliedern des Vereins die Idee geboren, dem Verein eine neue Satzung zu geben. Dieses Verlangen wurde vom Vorstand aufgegriffen. Noch unter dem Vorsitz und der Federführung von Professor Dr. Klaus Finkelnburg erarbeitete der Vorstand eine neue Satzung. Eine Gruppe von Vereinsmitgliedern nahm die Satzungsdiskussion zum Anlass, einen eigenen Entwurf vorzulegen, der nicht die Zustimmung des Vorstands fand. Um die darüber entstandene Verwirrung zu beenden, hat die ungewöhnlich gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung am 26. September 2005 mit großer Mehrheit beschlossen, die geänderte alte Satzung beizubehalten. Die Gruppe, die den konkurrierenden Satzungsentwurf vorlegte, hat daraufhin fast geschlossen den Verein verlassen.

Im Namen aller Vorstandskollegen danke ich für die große Unterstützung und das darin ausgedrückte Vertrauen in die Vorstandsarbeit auf der Versammlung am 26. September 2005, wodurch unser Verein in ein ruhiges Fahrwasser zurückgeführt wurde.

Wir freuen uns auf erlebnisreiche Stunden und neue wissenschaftliche Beiträge im Jahr 2006 und wünschen allen Mitgliedern einen gesunden und erfolgreichen Jahresverlauf!

*Ihr Manfred Uhlitz*

## Außerordentliche Mitgliederversammlung am 26. September 2005

Niederschrift über die außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins für die Geschichte Berlins, gegr. 1865, am 26. September 2005, 19:00 Uhr im Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, Festsaal, 3. OG. (Für die Tagesordnung siehe das Schreiben an die Mitglieder vom 2. September 2005).

Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Manfred Uhlitz, eröffnete die Mitgliederversammlung um 19:08 Uhr und übernahm die Versammlungsleitung. Er stellte fest, dass sich sämtliche Teilnehmer der Mitgliederversammlung am Eingang des Saales in einer Anwesenheitsliste eingetragen haben. Das Mitglied des erweiterten Vorstandes, Frau Oberamtsrätin Doris Tüsselmann, gab bekannt, dass 95 Mitglieder des Vereins anwesend seien. Nunmehr wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Zu TOP 1: Die Mitgliederversammlung beschloss vorab mit 84:11 Stimmen, dass die Mitgliederversammlung nach der vorgelegten Tagesordnung durchgeführt werden solle.

Zu TOP 2: In offener Abstimmung wurde Herr Hans-Dieter Degenhardt mit großer Mehrheit gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung und Herr Hans Peter Frey mit großer Mehrheit bei 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen zum Kassenprüfer gewählt.

Zu TOP 3: Vor Erledigung von TOP 3 stellte der Schriftführer fest, dass die Anwesenheit nunmehr 98 Mitglieder betrage. In offener Abstimmung wurden zu Bibliotheksprüfern gewählt: Frau Oberstudienrätin Dr. Erika Schach mit großer Mehrheit bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen; Herr Wolfgang Stapp mit großer Mehrheit bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

Zu TOP 4: Mit großer Mehrheit bei 8 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen wurde beschlossen, die Satzung des Vereins auf Wunsch des Registergerichts wie folgt zu ändern: In § 6 S. 5 wurde nach dem Wort „erfolgt“ folgender Satzteil eingefügt: „durch Bekanntgabe in den ‚Mitteilungen‘ oder schriftlich gegenüber den Mitgliedern.“

§ 6 S. 5 hat demgemäß künftig die folgende Fassung:

„Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgt durch Bekanntgabe in den ‚Mitteilungen‘ oder schriftlich gegenüber den Mitgliedern unter Innehaltung einer Frist von 14 Tagen unter gleichzeitiger Mitteilung der Tagesordnung.“

Zu TOP 5: Die Mitgliederversammlung beschloss mit großer Mehrheit bei 24 Gegenstimmen, dass eine neue Satzung gemäss den vorgelegten Entwürfen nicht erforderlich sei.

Zu TOP 6 bis 8: Der Vorsitzende stellte fest, dass in Folge des Beschlusses zu TOP 5 die TOP 6, 7 und 8 gegenstandslos geworden seien.

Zu TOP 9: Es fand eine eingehende Aussprache statt. Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Zu TOP 10: Die Antragstellerin, Frau Dr. Komander, erklärte, ihre Anträge hätten sich erledigt. Ein Beschluss wurde in Folge dessen nicht gefasst.

Zu TOP 11: Es fand eine Aussprache statt. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Zu TOP 12: Der Vorsitzende stellte fest, dass dieser TOP aufgrund des Beschlusses der Mitgliederversammlung zu TOP 5, keine Neufassung der Satzung vorzunehmen, gegenstandslos geworden sei.

Zu TOP 13: Der Antrag wurde von der Antragstellerin, Frau Dr. Komander, zurückgenommen.

Zu TOP 14: Der Antrag wurde von der Antragstellerin, Frau Dr. Komander, zurückgenommen.

Zu TOP 15: Der Antrag wurde mit großer Mehrheit gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Zu TOP 16: Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

Der Vorsitzende schloss die Mitgliederversammlung um 20:46 Uhr.

Zum Abdruck der nachfolgenden „Gegendarstellung“, die Herr Harald Giray gerichtlich erwirkt hat, bin ich als Schriftleiter der „Mitteilungen“ unabhängig von der Richtigkeit des Geäußerten verpflichtet.

*Wolther von Kieseritzky*

## Gegendarstellung

Herr Dr. Manfred Uhlitz hat in dem von ihm verfaßten Artikel „Arbeitsgruppe zur Erörterung eines Satzungsentwurfs gescheitert“, Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, 101. Jahrgang, Heft 3, Juli 2005, S. 252f, folgende Behauptungen aufgestellt:

- die Arbeitsgruppe zur Erörterung eines Satzungsentwurfs ist gescheitert;
- es ist offensichtlich nicht beabsichtigt, einen gemeinsamen Vorschlag des Vorstandes und der Arbeitsgruppe zu erarbeiten;
- der von den Vereinsmitglieder Giray, Grabs, Fritze und Wanckel vorgelegte Satzungsvorschlag ist aufgebläht und versucht sowohl den Vorstand als auch das einzelne Vereinsmitglied in Kleinigkeiten zu reglementieren;
- ein vertrauensvolles Miteinander von Mitgliedern und Vorstand ist den Verfassern des Alternativentwurfs (Giray, Grabs, Fritze, Wanckel) fremd;
- mehrere Teilnehmer der ohnehin kleinen Arbeitsgruppe distanzieren sich später von dem vorgestellten Entwurf;
- es ist zu einer Beleidigung eines Vereinsmitglieds durch die Mitglieder des Freundeskreises gekommen.

Diese Behauptungen sind falsch.

Richtig ist vielmehr folgendes:

Die Arbeitsgruppe ist nicht gescheitert; auch nach den Zusammenkünften am 13./14. Juli 2005 hat sie engagiert weitergearbeitet und einen neuen Satzungsentwurf erstellt. Herr Dr. Uhlitz hatte sich jedoch nach den genannten Zusammenkünften einer weiteren Zusammenarbeit entzogen, da er augenscheinlich den vom Vorstand gefertigten Satzungsentwurf favorisierte.

Die genannten Verfasser des Satzungsentwurfs halten auch weiterhin an dem von ihnen erarbeiteten Entwurf in seiner letzten Fassung fest.

Der von der Arbeitsgruppe vorgelegte Satzungsentwurf orientiert sich ausschließlich an den gesetzlichen Erfordernissen und enthält präzise und allgemein verständliche Formulierungen, die die Rechte und Pflichten der Mitglieder und des Vorstandes regeln.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben kein Verhalten an den Tag gelegt, das die grundsätzliche Erforderlichkeit eines vertrauensvollen Miteinanders von Vereinsmitgliedern und Vorstand in Frage stellt.

Es kam zu keiner Beleidigung eines Vereinsmitgliedes durch Mitglieder des Freundeskreises (wobei es sich bei diesem um die eigentliche Arbeitsgruppe handelt!). Über die Satzungsentwürfe und die eigentliche Aufgabe der Arbeitsgruppe wurde lediglich engagiert und bisweilen kontrovers diskutiert.

*Harald Giray*

## Studienfahrt des Vereins für die Geschichte Berlins

**„Moskau und Goldener Ring“**, etwa Freitag, 21.07. bis etwa Mittwoch, 02.08.2006 (angefragt, Änderungen vorbehalten)

Reisepreis (ab 21 Teilnehmern) etwa € 1760,- im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC bzw. im gebuchten Einzelzimmer (Zuschlag für Einzelzimmer € 320,-). Flüge mit Aeroflot (Linienmaschinen) einschl. Flughafensicherheitsgebühren und Kerosinzuschläge, 30 kg Freigepäck, alle nötigen Transfers, Leistungen laut Programm, deutschsprachiger Guide Reisekostenrücktrittversicherung. Für die Einreise nach Russland benötigen Bundesbürger einen gültigen Reisepass, der über das Ausreisedatum hinaus noch 3 Monate gültig ist und mind. noch 2 freie Seiten hat. Für die Besorgung des russischen Touristenvisums benötigen wir von jedem Reiseteilnehmer den Originalreisepass, ein ausgefülltes Visumantragsformular und 1 Lichtbild sowie den Nachweis einer Reisekrankenversicherung (nur bestimmte werden anerkannt).

Programm: Flug Berlin-Schönefeld – Moskau / 1.-4. Tag Moskau: Stadtrundfahrt, Kreml mit 1 Kathedrale und Rüstkammer, Roter Platz und Kitai-Gorod, Tretjakow-Galerie. / „Goldener Ring“ nordöstlich von Moskau bis zur Wolga, ein Ring altrussischer Städte und Klöster, Vorboten von Moskau und Sankt Petersburg: Busfahrt nach Sergiev Possad (Sagorsk), Besichtigung des Dreifaltigkeits-Sergios-Kloster von 1340, heute bedeutender Wallfahrtsort. Weiterfahrt über Pereslavl Salesskij – kurze Besichtigung – nach Rostov Velikij, eine der ältesten Städte Russlands, 862 erstmals erwähnt, Besichtigung des Kreml. Weiterfahrt nach Jaroslavl. / 4.-5. Tag Jaroslavl: bekannte altrussische Wolgastadt, Stadtrundfahrt, Spasskij-Kloster, Elias-Kirche. Busfahrt über Kostroma, eine der ältesten russischen Städte mit hervorragenden Baudenkmalen: kurze Stadtrundfahrt und Besichtigung des Ipatjev-Klosters, über Pljos: bezaubernde Landschaft an der Wolga, Hausmuseum des Landschaftsmalers Isaak Levitan, nach Susdal. 5.-6. Tag Susdal: Stadtbesichtigung, Erlöser-Euthymios-Kloster (mit Glockengeläut), Museum für Holzarchitektur. Vladimir: Stadtrundfahrt mit Goldenem Tor, Innenbesichtigung Uspenskij-Kathedrale, Demetrios-Kathedrale, Bogoljubovo mit Pokrov-na-Nerli. Busfahrt ab Vladimir nach Nischnij Novgorod / 7. Tag Nischnij Novgorod: Stadtrundfahrt mit Besichtigung des Kreml. Abfahrt nach Devajevo. / 8. Tag Besichtigung des Serafimo-Devejskij-Klosters. Busfahrt nach Murom. / 9. Tag Murom: Stadtrundfahrt. Unterwegs Besichtigung von Vladimir, dort Stadtrundfahrt mit Goldenem Tor, Innenbesichtigung Uspenskij-Kathedrale, Demetrios-Kathedrale, Abfahrt nach Moskau. / 10. Tag Moskau: Transfer zum Flughafen. Rückflug nach Berlin-Schönefeld.

Auskünfte, ausführliches Programm und Anmeldung ab sofort (wegen der Reservierung der Plätze im Flugzeug dringend!) bei Reinhard M.W. Hanke, Brieffach 30 2924, 10730 Berlin, Fon 030-215 54 53, Fon/Fax 030-2191 3077, elektron. Post: reinhard\_hanke@web.de

Mit der Anmeldung bitten wir um eine Anzahlung von € 100,- auf das Konto des Vereins für die Geschichte Berlins: 43 380-102 bei der Postbank Berlin (BLZ 100 100 10); als Verwendungszweck geben Sie bitte „Moskau“ an sowie Ihren Nachnamen.

## Veranstaltungen im I. Quartal 2006

### *Neujahrsveranstaltung 2006:*

1. Mittwoch, 11. Januar 2006, 19.00 Uhr: „**Der Verein für die Geschichte Berlins im Spiegel der Fotografiegeschichte**“ - ein Lichtbildvortrag unseres Vorstandsmitglieds Professor **Dr. Sibylle Einholz**. Auf den Spuren der Berliner Fotografiegeschichte werden erstmals Bestände des Vereins ausgewertet, die sowohl Stadt- und Vereinsgeschichtliches, als auch die Vertreter des Berufsstandes der Fotografen mit Arbeiten vorstellen können. Die „Ahnengalerie“ unserer Vereinsgründungsgeneration verbindet sich mit dem Nachweis der prosperierenden Fotografenateliers, die in ungeahnter Fülle im Berlin des 19. Jahrhunderts existierten und die Mitglieder des Vereins für die Vereinsalben ablichteten. Der Einblick ist fesselnd und vielschichtig, seriös und auch heiter! Ein Projekt des SG Museumskunde an der FHTW Berlin lieferte die Grundlage zu einer ersten Auswertung. Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

2. Dienstag, 24. Januar 2006, 15 Uhr: „**Schönheit für alle – Jugendstil in Schweden**“, Ausstellungsführung mit Museumsdirektorin **Dr. Ingeborg Becker**. Der Jugendstil fand in Schweden eine eigenständige und bedeutende Ausprägung. Carl und Karin Larsson schufen mit ihrem Haus in der Sonne in Sundborn eine Ikone der schwedischen Kunst um 1900. In der Malerei herrschte die sanfte Stimmung der romantischen Landschaft des Nordens vor, die in Berlin auf eine starke Resonanz traf. Bröhan-Museum, Schloßstrasse 1 a, Berlin-Charlottenburg.

3. Dienstag, 31. Januar 2006, 18.30 Uhr: „**Besuch in den Räumen des früheren Druckhauses Hentrich in Steglitz**“ mit **Harald G. Hentrich** im Rahmen der Veranstaltungsreihe „*Technik-, Industrie- und Wirtschaftsgeschichte in Berlin*“. Noch vor gut fünf Jahren arbeiteten dort Setzer, Drucker und Buchbinder, bis dann die Produktion des im Jahr 1946 gegründeten Druckhauses eingestellt wurde. Harald Hentrich, der Enkel des Gründers Albert Hentrich, eröffnete in der ehemaligen Fabrikhalle am 1. Februar 2005 auf über 1.000 Quadratmetern ein Buch-Antiquariat, das als größtes Berlins gilt. Den restaurierten Räumen wurde der Charme der Fabrikkultur der fünfziger Jahre belassen. Heute laden Sitzcken die Kunden zur Vertiefung in einen der mehr als 100.000 angebotenen Bände. Es werden Lesungen und Konzerte veranstaltet, das angeschlossene Café lädt zum Verweilen bei Kaffee und Kuchen ein. Das Haus stellt zugleich auch eine Dependence des Verlages Hentrich & Hentrich dar, dessen Bücher sich mit der jüdisch-deutschen Geschichte befassen. Als Antiquar ist Herr Hentrich unter dem Namen „Hennwack“ seit über 25 Jahren bekannt. Er wird uns in einem Vortrag einen Abriss über seine Erfahrungen in dieser Branche geben, über seine Projekte im alten Dorfgasthof im brandenburgischen Teetz, den „Cultur Gasthof“, und im alten Steglitzer Druckhaus sprechen und über die Geschichte des Verlagshauses Hentrich & Hentrich und seine aktuellen Vorhaben erzählen. Max. 30 Personen. Schriftliche Anmeldung bei Dirk Pinnow erbeten.

4. Mittwoch, 8. Februar 2006, 19.00 Uhr: „**Bayreuther Gartenkunst**“, Lichtbildvortrag unseres Vorsitzenden **Dr. Manfred Uhlitz**. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden unter den Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth eine Reihe origineller Gartenanlagen. Sie zeichneten sich durch eine Vielzahl von Staffagebauten in Form künstlicher Ruinen, Grotten und Pavillons aus sowie durch die Vorliebe für eine kleinteilige Gliederung. Man spricht daher von einer spezifischen „Bayreuther Gartenkunst“. Die meisten Gärten wurden unter Markgräfin Wilhelmine (1709-1758), der Liebblingsschwester Friedrichs des Großen, angelegt. Vgl. den Bericht über die Studienfahrt unseres Vereins in diesem Heft. Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

5. Sonntag, 12. Februar 2006, 10.30 Uhr: „**Entlang von Bäke und Teltowkanal**“ - ein Winterspaziergang mit unserem Mitglied **Wolfgang Stapp**. Auf ggf. auch bei Schnee gut begehbaren Wegen führt uns Herr Stapp in bewährter Weise vom Treffpunkt am Bahnhof Rathaus Steglitz (U9, S1), Ausgang Albrecht-/Berlinickestraße, über den Lichterfelder Anger (Paulus-Kirche) bis hin zur „Wiesenbaude“ in der Königsberger Straße.

6. Freitag, 17. Februar 2006, 17.00 Uhr: **„Hardt-Waltherr Hämer: Architekt – Theaterbau“**, Führung durch die Ausstellung der Universität der Künste Berlin mit unserem Mitglied **Dr. Karl-Robert Schütze**. Der Architekt Prof. Dr. E.h. Hardt-Waltherr Hämer, geboren 1922 in Hagen bei Lüneburg, der in Berlin hauptsächlich als Planungsdirektor der „IBA Berlin alt“ (1984), als Gründer von „S.T.E.R.N.“ und damit als Urheber der behutsamen Stadterneuerung bekannt ist, hat in diesem Jahr sein Archiv an das Universitätsarchiv der UdK Berlin übergeben. Er war selbst Student an der damaligen „Hochschule für bildende Künste Berlin“ und machte seinen Abschluß als Architekt im Jahr 1952. Die Ergebnisse der Bearbeitung werden in einer Reihe von Ausstellungen vorgestellt werden. Die erste Präsentation des Materials wird von Mitte Januar bis Mitte März gezeigt; sie wird dem Theaterbau gelten. Hämer hat einige wichtige Theaterbauten realisieren können, bevor er als Professor nach Berlin berufen wurde. Das vor genau vierzig Jahren erbaute Ingolstädter Stadttheater bildet den äußeren Anlass für den ersten auf dieses Spezialgebiet beschränkten Ausschnitt aus dem umfangreichen und in Berlin wenig bekannten Werk. Max. 30 Personen. Schriftliche Anmeldung bei Dirk Pinnow erbeten.

7. Mittwoch, 8. März 2006, 19.00 Uhr: **„Aus eines Mannes Mädchenjahren - die ungewöhnliche Lebensgeschichte eines Berliner Juden.“** Herr **Dr. Hermann Simon** erzählt uns die Geschichte eines Berliners, die in dem Buch „N.O. Body: Aus eines Mannes Mädchenjahren“ beschrieben wird. Von diesem besaß die heutige ZLB nur ein Exemplar. Erst 1993 wurde es als Reprint nochmals aufgelegt. N.O. Body war ein Mensch, dessen Geschlecht nach der Geburt falsch bestimmt worden war. Von seinen Eltern wurde er daher als Mädchen erzogen. Er schrieb sich die qualvollen Erinnerungen an seine seltsame Kindheit und Jugend von der Seele und ließ den Text 1907 als Buch mit einem Nachwort des berühmten Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld erscheinen. Lange stellte sich die Frage, wer sich hinter diesem Pseudonym, „N.O. Body“, also „nobody“ / „niemand“, verbirgt. Hermann Simon hat das Rätsel gelöst und beweist die Identität einer bewährten jungen Sozialarbeiterin und Frauenrechtlerin mit einem Mann, der später im Berliner jüdischen Kulturleben eine Rolle spielte. Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

8. Freitag, 17. März 2006, 14.00 Uhr: **„Informationsbesuch im Hause Berliner Bürgerbräu“** - eine Brauereibesichtigung im Rahmen der Veranstaltungsreihe *„Technik-, Industrie- und Wirtschaftsgeschichte in Berlin“*. Die 1753 erstmals mit dem königlich privilegierten Krugrecht erwähnte Braustätte ist bis heute eine unabhängige mittelständische Brauerei. Der Familienbetrieb liegt im größten Wasserschutzgebiet Berlins, in Friedrichshagen. In der ältesten Brauerei Berlins am historischen Standort werden Bräu-Spezialitäten wie das „Rotkehlchen“ aus den 1920er Jahren gebraut und ausgeschenkt. Das Unternehmen unterstützt die historische Forschung und den Denkmalschutz durch eine Sammlung historischer Brauhandwerksgerätschaften und ein eigenes Brauerei- und Büttnerie-Museum in historischen Gebäuden, die sowohl für Historiker aber auch die interessierte Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Einige Exponate und Gebäudeteile stehen unter Denkmalschutz. Im Rahmen der Brauereibesichtigung haben wir die Gelegenheit, durch das historische Sudhaus und einzigartige Büttnermuseum sowie die Abteilungen der Bierbereitung und Abfüllung zu wandern. Umlage für die Führung: 8 € p. P.; max 30 Personen; schriftliche Anmeldung bei Dirk Pinnow erbeten. Wer es zeitlich einrichten kann, sollte die Anreise nach Friedrichshagen nutzen und vorab auch das in der Nähe liegende „Museum im Wasserwerk“ besuchen.

9. Mittwoch, 5. April 2006, 19.00 Uhr: **„www.DieGeschichteBerlins.de“** - über die Website des Vereins für die Geschichte Berlins als Schaufenster für Geschichtsinteressierte in aller Welt. Ein Blick hinter die Kulissen mit unserem Webmaster, Dipl.-Ing. **Joest Feenders**, und dem Internetteam, **Peter Borchardt, Jörg Kluge** und **Doris Tüsselmann**. Diese Präsentation knüpft an den Vortrag vom 26. Januar 2005 an und möchte insbesondere auch Mitgliedern und Gästen mit geringen oder gar keinen Internetkenntnissen den aktuellen Stand der Entwicklung vorstellen. Unsere Selbstdarstellung im virtuellen Raum unterliegt einer ständigen Fortentwicklung und baut vermittels moderner Technik eine zukunftsorientierte Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Herr Feenders und das Internetteam werden die einzelnen Rubriken und das bisher aufrufbare Material exemplarisch vorstellen und auch über Ergebnisse der statistischen Auswertung von Besucherzahlen berichten. Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

# Inhalt

*Bettina Effner:*

„Eines der größten Wohnungsbauprojekte in Berlin“.  
Zur Gründungsgeschichte des Notaufnahmelagers Marienfelde ..... 290

*Hubert Olbrich:*

Berlin vor seiner Kanalisation ..... 296

*Maren Krause:*

Die Nutzung von Turm und Kirche. Zur Geschichte der Neuen Kirche  
am Gendarmenmarkt..... 300

*Werner Rackwitz:*

Der „Soldatenkönig“ und der „Prediger der Herzensreligion“.  
Der Briefwechsel zwischen Friedrich Wilhelm I. und dem Grafen Zinzendorf..... 309

Rezensionen und Ausstellungen ..... 322

Studienfahrt Markgrafschaft Bayreuth (*Heinz-Eberhardt Kuhn*) ..... 325

Aus dem Verein ..... 328

Veranstaltungen im I. Quartal 2006 ..... 334

**Geschäftsstelle/Schatzmeister:** Henning Nause, Lichterfelder Ring 103, 12279 Berlin, Tel. 7 11 58 06  
E-Mail: Nause@DieGeschichteBerlins.de.

**Internet:** E-Mail: Redaktion@DieGeschichteBerlins.de.

**Bibliothek und Archiv:** Breite Straße 36 (Eingang Neuer Marstall, Schloßplatz 6–7), 10178 Berlin-Mitte,  
Telefon (030) 90 22 64 44/49. Geöffnet: mittwochs 15.00 bis 18.45 Uhr.

**Vorsitzender:** Dr. Manfred Uhlitz, Brixplatz 4, 14052 Berlin, Telefon 3 05 96 00, Fax 3 05 38 88,  
E-Mail: uhlitz@DieGeschichteBerlins.de

**Schriftführer/Veranstaltungskordinator:** Dipl.-Ing. Dirk Pinnow c/o PINNOW & Partner GmbH,  
Köthener Straße 38, 10963 Berlin, Telefon 26 36 69 83, Fax 26 36 69 85,  
E-Mail: Pinnow@DieGeschichteBerlins.de

**Konten des Vereins:** Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Kto.-Nr. 43 380–102, 10559 Berlin; Berliner Bank  
AG (BLZ 100 200 00), Kto.-Nr. 03 81 801 200.

**Schriftleitung der MITTEILUNGEN:** Dr. Wolther von Kieseritzky, Nymphenburger Str. 7, 10825  
Berlin, Telefon 4 62 17 29, E-Mail: Kieseritzky@DieGeschichteBerlins.de; Textbeiträge bitte an den  
Schriftleiter senden.

Die MITTEILUNGEN erscheinen vierteljährlich zum Quartalsanfang. Herausgeber: Verein für die  
Geschichte Berlins, gegr. 1865.

**Redaktionsschluß:** 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 1. November.

Der Abonnementspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag gedeckt. Bezugspreis für Nichtmitglieder:  
20 Euro jährlich. Neue Mitglieder sind herzlich willkommen! Jahresmitgliedsbeitrag 40 Euro; Familien  
60 Euro; Studenten 25 Euro inkl. Bezug der MITTEILUNGEN und des Jahrbuchs.

**Beitrittserklärungen** bitte formlos an die Geschäftsstelle.

**Herstellung:** Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, 12309 Berlin.

E-Mail: druck@westkreuz.de. Internet: www.westkreuz.de

**Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Schriftleitung.**